

NEWSLETTER

Unsere Meinung – Glaubt uns nichts, recherchiert alles selber!

12. Ausgabe August 2025 **5 Jahre** Der-Runde-Tisch.com

Dieser rein private und nicht kommerzielle sowie nicht journalistische Newsletter ist ausschließlich für Freunde des Runden Tisch. Es findet weder Werbung noch sonst eine gewerbliche Tätigkeit statt.



STAATSGEFAHR

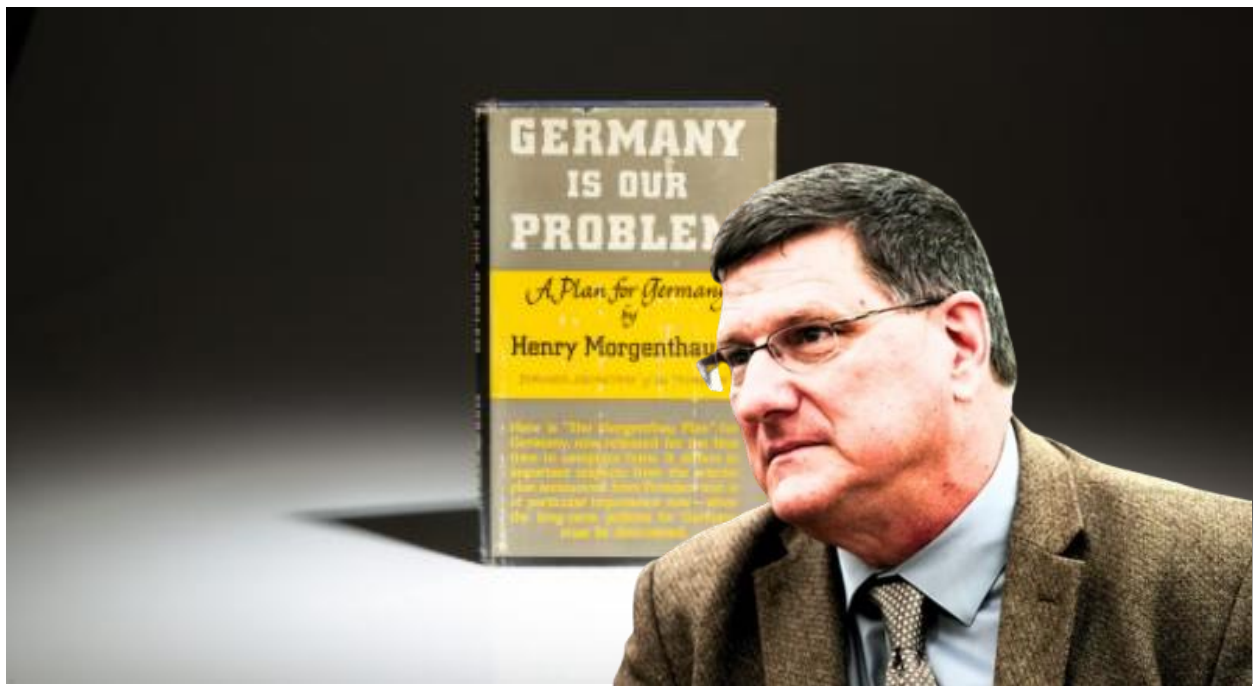
Wenn der Staat gefährlich wird

„The Germans are our problem“

Es gibt keine Schuld „Der Deutschen“

Die sogenannte Kollektivschuld „Der Deutschen“ ist nichts anderes als eine gigantische Propaganda, geschrieben von genau den Staaten, die das eigentliche Problem auf diesem Planeten darstellen.

von Dirk Magnutzki



Sind die Deutschen wirklich das größte Problem auf diesem Planeten, weil sie so kriegslüstern und gemeingefährlich kurzum schlicht bössartig sind? Diese These wird immer wieder aufgestellt – sei es in den Medien, in Talkshows oder auch in sozialen Netzwerken. Genau dieses Narrativ wird seit über einhundert Jahren mit allen zur Verfügung stehenden Propagandamitteln in die Köpfe, vor allem der Deutschen, reingehämmert. Ich bin mir sicher, dass das Problem nicht primär die Bevölkerung in Deutschland ist. Sie war es noch nie. Das Problem war und ist immer die politische Führung des Landes, früher wie heute. Sie tragen den Geist der Zerstörung in sich seit mindestens 125 Jahren und das hat mit „Den Deutschen“ absolut nichts zu tun.

Als ich mir unlängst ein Interview auf dem Kanal von Andrew Napolitano, ein in Amerika sehr bekannter, sehr reichweitenstarker, investigativer Journalist, mit Scott Ritter, einem ehemaligen US-Waffeninspekteur, angesehen habe, wusste ich wieder einmal wie das Spiel gegen die Deutschen läuft. Ritter hat tatsächlich darauf hingewiesen, „The Germans are our problem“, also die Deutschen sind unser Problem. Er sprach davon, dass Deutschland wieder die Führerschaft übernehmen will und dann fordert er, dass die in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte sich schleunigst in Bewegung setzen sollten Richtung Berlin. Sie sollten dann Berlin besetzen, um die Regierung aufzulösen. Ritter fordert die USA auf, den Morgenthau-Plan umzusetzen. Hier ist die Rede von Henry Morgenthau, der von 1934 bis 1945 das Amt des US-

Finanzministers unter dem Präsidenten Franklin D. Roosevelt bekleidete. Morgenthau hat das Buch geschrieben, „German is our Problem“. Er sah die Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat durch Demilitarisierung, Endindustrialisierung und Gebietsabtretungen vor, um zukünftige deutsche Aggressionen zu verhindern. Es ging ihm also im Kern darum Deutschland als Wirtschaftsraum zu zerstören. Dramatisch zu bewerten ist, dass hier so ganz nebenbei darüber geredet wird mit militärischer Gewalt durch US-Truppen in Deutschland eine Regierung zu stürzen. Ich habe bereits immer mal wieder über die UN-Charta 53 und die sogenannte Feindstaatenklausel gesprochen. Artikel 53 der UN-Charta regelt die Zusammenarbeit mit regionalen Abmachungen und Einrichtungen bei der Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter der Autorität des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Er besagt, dass der Sicherheitsrat diese regionalen Abmachungen und Einrichtungen nutzen kann, um Zwangsmaßnahmen durchzuführen, jedoch dürfen ohne seine Ermächtigung keine Zwangsmaßnahmen auf Grundlage regionaler Abmachungen oder durch regionale Einrichtungen erfolgen. Ausnahmen gelten für Maßnahmen gegen ehemalige Feindstaaten der Unterzeichner der UN-Charta während des Zweiten Weltkriegs, sofern diese in Artikel 107 oder in regionalen Abkommen gegen die Wiederaufnahme einer aggressiven Politik vorgesehen sind.

Die UN-Charta selbst (Artikel 53, 77 und 107) verwendet den Begriff „Feindstaat“ (englisch: „enemy state“) und definiert diesen als „jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war“. Deutschland wird in diesen Artikeln zwar nicht namentlich genannt, fällt aber aufgrund der historischen Konstellation (als Mitglied der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg) implizit unter diese Definition. Die Feindstaatenklauseln beziehen sich allgemein auf die Staaten, die im Zweiten Weltkrieg Gegner der Alliierten waren, wozu u.a. Deutschland gehörte. In Artikeln einiger bekannter Quellen wie „Die Welt“ oder „n-tv“, wird darauf hingewiesen, dass Deutschland aufgrund dieser Klauseln als Feindstaat betrachtet wird. Die UN-Generalversammlung hat die Feindstaatenklauseln durch Resolution 49/58 vom 9. Dezember 1994 und Resolution 50/52 von 1995 zwar für „obsolet“ erklärt, was die praktische Relevanz dieser Klauseln aufheben soll, jedoch muss man sich zwangsläufig die Frage stellen, warum dann diese Klausel nicht aufgehoben, also gelöscht wird. Die Bundesregierung selber hat die Auffassung vertreten, dass diese Klauseln spätestens mit dem Beitritt der BRD und der DDR 1973 zu den Vereinten Nationen keine praktische Bedeutung mehr haben, was man durchaus als politisch naiv bezeichnen kann, denn jede noch existierende Klausel und somit Regelung kann auch jederzeit wieder aktiviert werden, wenn man es denn möchte.



Wenn die Bundeswehr jetzt massiv vergrößert werden soll, weitreichende Waffen angeschafft werden wie Mittel- und Langstreckenraketen, was Bundeskanzler Friedrich Merz ja auch bereits angekündigt hat, könnte Russland Deutschland praktisch wieder als Feindstaat betrachten. Merz und sein Kriegsminister Boris Pistorius träumen ja bereits ganz offen und unverblümt davon, dass Deutschland Europa anführen müsse gegen die bösen Russen. Man kommt nicht umhin vor dem Hintergrund der Deutschen Geschichte diese Politik als Wahnsinnig zu bezeichnen, wie ohne Rücksicht auf Verluste das deutsche Volk wieder einmal und zum wiederholten Male, in der deutschen Geschichte in den militärischen Untergang getrieben wird. Was man durchaus immer wieder in der Deutschen Politik erkennen kann, ist ein gewisser Hang zum Größenwahn.

Das „The Germans our problem“ sind ist, wie es die Amerikaner sagen, völliger Bullshit. „Die Deutschen“ waren noch nie das Problem, weder 1914 als Verantwortlicher für den Ersten Weltkrieg, noch als alleiniger Verantwortlicher 1939 für den Zweiten Weltkrieg. Die Deutschen waren noch nie das Problem. Wenn überhaupt dann hatten die Amerikaner und die Briten ein Problem mit den jeweiligen Regierungen, die man aber zuvor durch massive Förderung selbst erst in diese Position gebracht hat. Wer sich mit der Geschichte des Ersten Weltkrieg beschäftigt, wird feststellen das Deutschland in diesen Krieg hineingetrieben wurde. Deutschland war nicht die treibende Kraft, sondern eine Reihe von Bündnisverträgen in Europa, zwischen Deutschland, Österreich, Ungarn, das damalige Zarenreich, England, Frankreich, Belgien usw. lösten Mechanismen aus, die durch wechselseitige Bündnis- und Beistandsabkommen zwangsläufig in den Ersten Weltkrieg mündeten.



In seiner Rede vor dem Reichstag vermeidet Hitler das Wort Krieg und erklärt, die Wehrmacht hätte auf polnische Aggression hin zurückgeschossen

Bild: picture-alliance/dpa

Die Sieger schreiben zum Schluss die Geschichte, ihre Geschichte und ihre Wahrheit die aber nicht den tatsächlichen Ereignissen entspricht.

Auch in den Zweiten Weltkrieg ist Deutschland hineingetrieben worden über die Polen-Frage und über die Frage der deutschen Gebiete, die nach dem Ersten Weltkrieg Deutschland entzogen wurden. Es ging um einen Versorgungskorridor u.a. der deutschen Ostgebiete und um die Versorgung von rd. 1,5 Millionen Deutschen, die in dieser Region damals lebten. Wieder waren es zahlreiche Bündnis- und Beistandsabkommen, die ein Land nacheinander in den Zweiten

Weltkrieg zwangen. Damals so wie heute hatte England eine Schlüsselrolle inne. Die Engländer wirkten damals auf die polnische Regierung genauso ein wie 2022 auf die ukrainische Regierung keinen Vertrag und erst recht keinen Friedensvertrag/ Vereinbarung zu schließen. England hatte immer ein Interesse daran Deutschland in Kriege zu verwickeln, um das Land nachhaltig zu schwächen und als Konkurrent auszuschalten. Genauso wie 1939 und 2022 begreift auch 2025 die deutsche Regierung offensichtlich nicht, worauf sie sich mit wem einlässt. Ich sage nicht, dass Deutschland völlig unbeteiligt an allem war. Das wäre falsch. Jedoch wurde Deutschland mehr oder weniger, und das haben Historiker über Jahre und Jahrzehnte ziemlich gut herausgearbeitet, in diese Kriege relativ perfide hineingezogen. Leider waren und sind die politisch Verantwortlichen in den jeweiligen Regierungen dumm genug, ein und den gleichen Fehler ständig zu wiederholen.

Warum stellt eigentlich kaum jemand die Frage wie es überhaupt möglich war, dass Deutschland, das 1933 so gut wie Pleite war innerhalb von nur sechs Jahren eine Armee aus dem Boden gestampft hat, die in der Lage war Polen einzunehmen? Noch im Mai 1933 hatte die Deutsche Reichswehr lediglich 100.000 Soldaten, keine Panzer, keine Flugzeuge, keine U- Boote, lediglich 24 Kriegsschiffe und rd. 2.500 Geschütze. Mit dieser eher kümmerlichen Armee wäre Deutschland für kein Land, noch nicht einmal die Niederlande, ein ernsthafter Gegner gewesen. Dann urplötzlich innerhalb von nur sechs Jahren rüstete das Deutsche Reich auf. Am 1. September 1939 hatte die Reichswehr 3,7 Millionen Soldaten unter Waffen und verfügte über 3.000 Panzer, 120 Kriegsschiffe, 53 U- Boote, 4.000 Flugzeuge sowie rd. 30.000 Geschütze. Wie war das möglich in so kurzer Zeit? Nach aktuellen Berechnungen kostete diese erhebliche Aufrüstung dem Deutschen Reich von 1933 bis 1939 ca. 120 Milliarden Reichsmark. Um das ins Verhältnis zu setzen zu heute entspricht das einem Umrechnungswert in 2025 von rd. 850 Milliarden bis ca. 1 Billionen Euro.



Also wie war das möglich, dass ein Land welches 1933 noch quasi pleite war in nur 6 Jahren fast eine Billionen Euro nach Wertmaßstab 2025 überhaupt investieren konnte? Woher kam das ganze Geld? Kommt uns das nicht irgendwie bekannt vor, wenn wir z.B. an die Ukraine denken?! Das

Deutsches Reich wäre niemals in der Lage gewesen diese extreme Summe in so kurzer Zeit zu investieren ohne massive Finanzmittel und Hilfe aus dem Ausland, konkret aus London und New York. So wie man die Ukraine als Stellvertreter gegen Russland kriegstüchtig gemacht hat durch Milliarden Gelder, so hat man bereits auch das Deutsche Reich kriegstüchtig gemacht gegen die Sowjetunion. Damals wie heute wollten weder die Engländer anfänglich noch die USA selber in den Krieg ziehen gegen die Kommunisten im Osten. Es finden sich aber immer irgendwelche nützlichen Idioten damals wie heute. Das bedeutet, dass ohne die massiven Finanzmittel der „City of London“ sowie der Wall Street mit ihren Bänkern, der Bank of England, Barings Bank, N. M. Rothschild & Sons, J. P. Morgan & Co., Midland Bank, Barclays Bank u.a. eine so starke Aufrüstung der Reichswehr und damit der 2. Weltkrieg niemals möglich gewesen wäre. Ich möchte sogar noch einen Schritt weitergehen und denke, dass dieser Krieg mit seiner fast vollständigen Zerstörung von Deutschland gewollt und auch geplant war, wie wir es mittlerweile aus alten Original-Dokumenten wissen. Das Deutsche Reich war 1870 sowie 1914 und auch 1939 den Engländern aber auch den Amerikanern ein Dorn im Auge. Das Reich wurde immer wieder zu stark und zu mächtig. Damit war es stets der Hauptkonkurrent der Briten und Amerikaner.

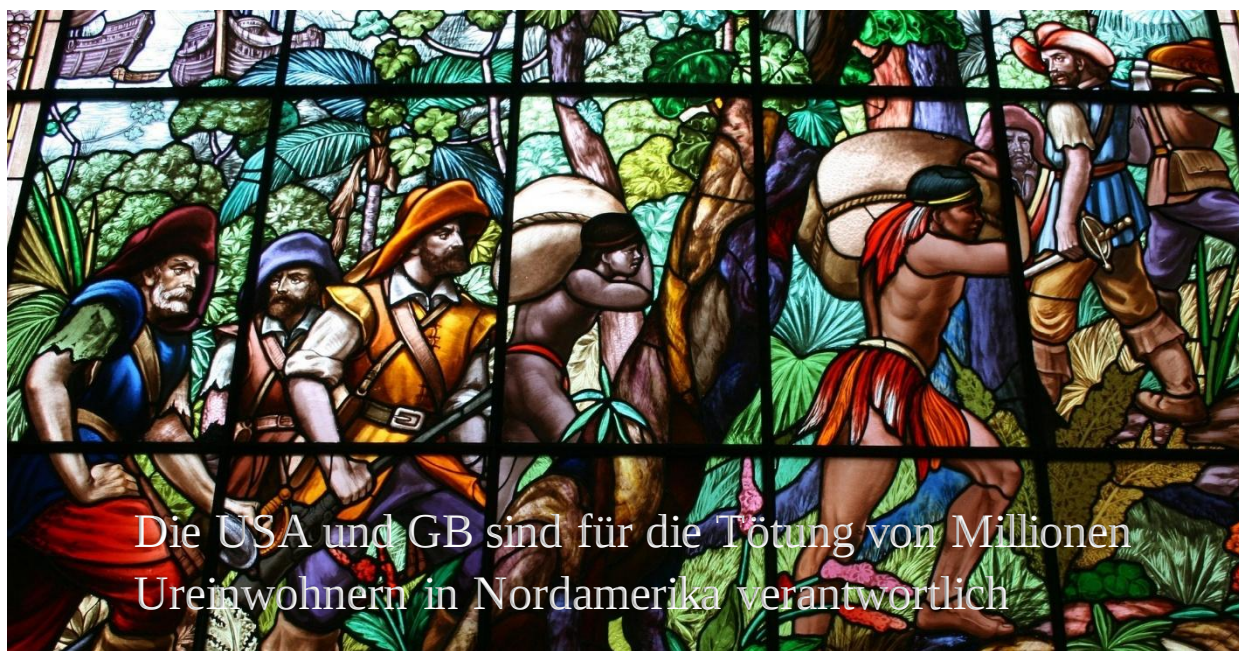
„Die Deutschen“ waren noch nie das Problem. Die deutschen Regierungen waren und sind das eigentliche Problem, die offensichtlich dumm genug waren, immer und immer wieder in die gleiche Falle zu tappen, die andere ihnen gestellt haben. Die Deutschen, also die deutschen Bevölkerungen, hatten damit nichts zu tun. Es ist nicht sehr schwer ein Volk zu manipulieren, wenn man die finanziellen Mittel sowie die Medien kontrolliert und gezielt gegen das Volk einsetzt. Wir erleben in den letzten Jahren hier ganz genau dasselbe wie schon mehrfach zuvor in der deutschen Geschichte. Die Bevölkerung in allen Staaten auf der Welt will im Grunde dasselbe. Menschen wollen in Frieden und Ruhe leben. Nur extrem kranke Psychopaten wollen Gewalt, Krieg und Tod. So wie die Bevölkerung 1914 und 1939 kriegsgeil gemacht wurde, so läuft genau dasselbe Spiel auch heute 2025 wieder. Dieselben Sprüche, dieselbe Panikmache und wie praktisch: Sogar derselbe Feind. Offensichtlich halten die Regierenden die Bevölkerung für so dermaßen dumm, dass man einfach wieder auf das immer selbe Feindbild aufbaut. Friedrich Merz war von 2016 bis März 2020 bei Black Rock tätig. Er fungierte als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Black Rock Asset Management Deutschland AG und hatte eine Beraterrolle, in der er die Beziehungen zu wichtigen Kunden, Regulierungsbehörden und Regierungsstellen in Deutschland förderte. Black Rock investiert mit rd. 300 bis ca. 500 Milliarden Euro in Rüstungs-konzerne sowie solche Konzerne, die für eine Kriegsinfrastruktur wichtig sind.



Warum will also der ehemalige Black Rock Manager Friedrich Merz, dass Deutschland und die EU gegen Russland in den Krieg ziehen? Und was hat die deutsche Bevölkerung also haben „Die Deutschen“ damit zu tun? Warum genau hat Merz die BRD mit rd. 900 Milliarden „Sondervermögens- Schulden“ belastet? Wie korrupt und unfassbar kriminell muss es denn noch werden bevor „Die Deutschen“ sich sagen: „Nicht noch einmal! Nicht schon wieder lassen wir uns verheizen wegen einer kleinen extrem korrupten, kriminellen Gruppierung“?!

Wieder und immer wieder profitieren die USA von den Kriegen in Europa durch ihre Waffenindustrie. Dann stellt sich ein ehemaliger Waffeninspekteur hin und behauptet: „Die Deutschen sind unser Problem“! Nein lieber Scott Ritter nicht die Deutschen sind das Problem auf diesem Planeten, ihr seid das Problem. Die USA und Großbritannien sind in Wahrheit die Wurzel allen Übels. Wer „Die Deutschen“ wegen der Beteiligung am Ersten und Zweiten Weltkrieg an den Pranger stellt, der sollte einmal bei sich selber anfangen. Um das hier klar zu stellen: Ein toter Mensch ist schon einer zu viel. Jedoch wird die „Schuld der Deutschen“ grundsätzlich an Zahlen festgemacht, also sehen wir uns Zahlen an.

Die USA sind für die Ausrottung der nordamerikanischen Ureinwohner der Indianer genauso verantwortlich wie für die Verschleppung von Menschen für die Sklaverei. Zusätzlich zu einer Vielzahl an Kriegen wie Korea, Vietnam, China, Irak, Afghanistan sowie unzählige weitere Konflikte gehen rd. 33 – 40 Millionen Tote auf das Konto der USA. Noch deutlich erbarmungsloser trieben es die Briten mit ihren Kriegen, vor allen aber mit ihren Kolonien. Großbritannien ist für etwa 100–192 Millionen Tote in seinen Kolonien und Kriegen verantwortlich. Der Großteil entfällt auf Hungersnöte in Indien, die Ausrottung indigener Bevölkerungen und den Sklavenhandel.



Auch Russland und vorher die Sowjetunion haben durch Kriege, aber vor allem durch gemachte Hungersnöte im eigenen Land (z.B. durch Josef Stalin) eine große Zahl an Toten zwischen 60 bis 100 Millionen zu verantworten. Auch China hat durch seine Kriege und Zwangsmaßnahmen gegen die eigene Bevölkerung (u. a. Mao Zedong) zwischen 70 bis 100 Millionen Tote zu verantworten. Man könnte endlos so weitermachen und die Franzosen, Spanier und Portugiesen

mit ihren Kolonien ebenfalls benennen. Über die barbarischen Abschlachtungen der israelischen Armee gegen die Palästinenser in Gaza und dem Westjordanland kann man kaum die richtigen Worte finden. Wer wahllos auf unbewaffnete Frauen und Kinder schießen lässt und einen gezielt durchgeführten Genozid vor den Augen der Welt dermaßen schamlos praktiziert, ist ebenfalls eine viel größere Gefahr für die Welt als „Die Deutschen“. In der jüngeren Geschichte gab es keinen Staat und keine Armee die skrupelloser gegen Zivilisten vorgegangen ist, um diese zu töten, als der Staat Israel mit seinem Militär.

Das alles macht es nicht besser, dass es sehr viele Opfer auch durch deutsche Soldaten in zwei Kriegen gab, aber es zeigt auch auf, dass nicht „Die Deutschen“ das Problem auf dem Planeten sind, sondern sie wurden dazu gemacht. Sie wurden dazu geradezu hochstilisiert. Man sollte sich die Frage einmal sehr genau stellen, warum heißt es immer: „Die Deutschen“? Was ist das für ein perverser Plan gegen „Die Deutschen“ und warum?

Wenn man die Geschichte der Deutschen genauer betrachtet und das alles in einem Kontext stellt zu dem was wirklich passiert ist unter Berücksichtigung vieler Lügen und hinzu gedichteter Unwahrheiten über „Die Deutschen“, dann kann einem als Deutscher eigentlich nur noch Übel werden. Tatsache ist, dass es keine kollektive Schuld „Der Deutschen“ gibt, genauso wie es keine kollektive Schuld „Der Briten“, „Der Amerikaner“, „Der Russen“, „Der Chinesen“ usw. gibt. Was es allerdings gibt sind interessensgesteuerte Gruppen, die den Menschen, die für all das was geschehen ist, einen dauerhaften Schuldkomplex einreden wollen. Es passiert jetzt gerade schon wieder und dieselben Gruppen, die immer für das Unmenschliche verantwortlich waren, treiben wieder ihr Spiel wie schon so oft und die große breite Masse merkt es wieder nicht so wie immer in der Geschichte.



WER SIND WIR EIGENTLICH? von Manuela Ceresa

Wer sind wir eigentlich? Wenn wir uns wirklich daran erinnern, wer wir waren vor diesem System, bricht die gesamte Illusion zusammen. Wir haben es nicht nur gefühlt, beziehungsweise nicht nur geistlich, sondern auch körperlich.

Wir waren vor dem System die Erbauer des Lichts, Verwalter der Energie und Torwächter der Erde. Nicht einfach nur Menschen, Hybride von Himmel und Materie mit all unseren Erinnerungen. Wir haben nicht aus Büchern gelernt. Wir erinnerten uns durch Resonanz. Wir haben keine Götter von außen angebetet, wir gingen in Einheit mit der Quelle in vollem Bewusstsein, dass wir ein Teil davon waren und noch immer sind. Wir bewegten die Materie mit voller Absicht. Wir kodierte Kristalle, öffneten Portale und sprachen mit den Sternen.



Und dann kam die Verzerrung, der Fall. Genau das spaltete das System. Sie zerbrachen unsere Sprachen, nahmen unsere heiligen Symbole und machten sie zu Marken, Flaggen und Idolen. Sie schrieben unsere Geschichte neu und verbrannten unsere Aufzeichnungen. Sie sagten uns: „Du bist klein, schwach, getrennt“, aber das waren wir nie allein. Und was ist der Beweis dafür? Es ist wie dein, unser Herz rührt. Es ist in unseren Träumen, die wir seit unserer Kindheit haben. Wir erinnern uns nicht nur an unsere Vergangenheit, wir fühlen die Fäden unseres Ursprungs. Und vor dem System waren wir ein Teil eines riesigen Netzwerkes von lebendigem Licht. Nicht nur eine Seele, sondern ein Knoten in einem kosmischen Geflecht. Wir pulsieren mit der Quelle, niemals von ihr getrennt, sondern aus ihr gemacht. Wir wussten, wie man mit den Sternen spricht, wie man Erinnerungen weckt, wie man die Erde wie ein lebendiges Manuskript liest. Es gab keine Angst vor dem Tod, weil wir uns daran erinnern haben, dass wir nicht sterben können. Wir haben unsere Form verändert. Wir waren die einzige Gegenwart, die sich durch die Schichten bewegten.

Der Fall war kein einzelnes Ereignis. Es war ein Frequenzabfall. Eine langsame Kompression des Bewusstseins von multidimensional bis begrenzt von der Erinnerung bis zur Programmierung,

vom Schöpfer zum Verbraucher. Und als sich der Schleier verdichtete, wurde das System geboren. Ein System des Vergessens, eins das dich und uns gelehrt hat, an dein Wissen zu zweifeln und an deine Macht, die du ausgelagert hast, um sie komplett zu verlieren. Es trainiert dich, von draußen zu schauen, zu Regierungen, zu Göttern, zu Sekten und zu Gurus, anstatt dem lebendigen Universum in dir. Der Teil, den sie nie geplant hatten, wir haben Spuren in unserem Code hinterlassen. In Sprache, in Zahlen, in Musik, in Symbolen. Kleine Echos, die uns eines Tages wieder aktivieren. Und genau das passiert jetzt. Wir erwachen nicht wegen des Systems. Wir erwachen so oder so, weil unser Gedächtnis niemals verloren gegangen ist. Genauso wie unsere Erinnerungen. Es wartet nur auf die richtige Schwingung, um all das zu entspannen. Wir waren das Orakel, die Wächter, der Spiegel, die Flamme und das sind wir noch immer. Das sind wir und das bist du.

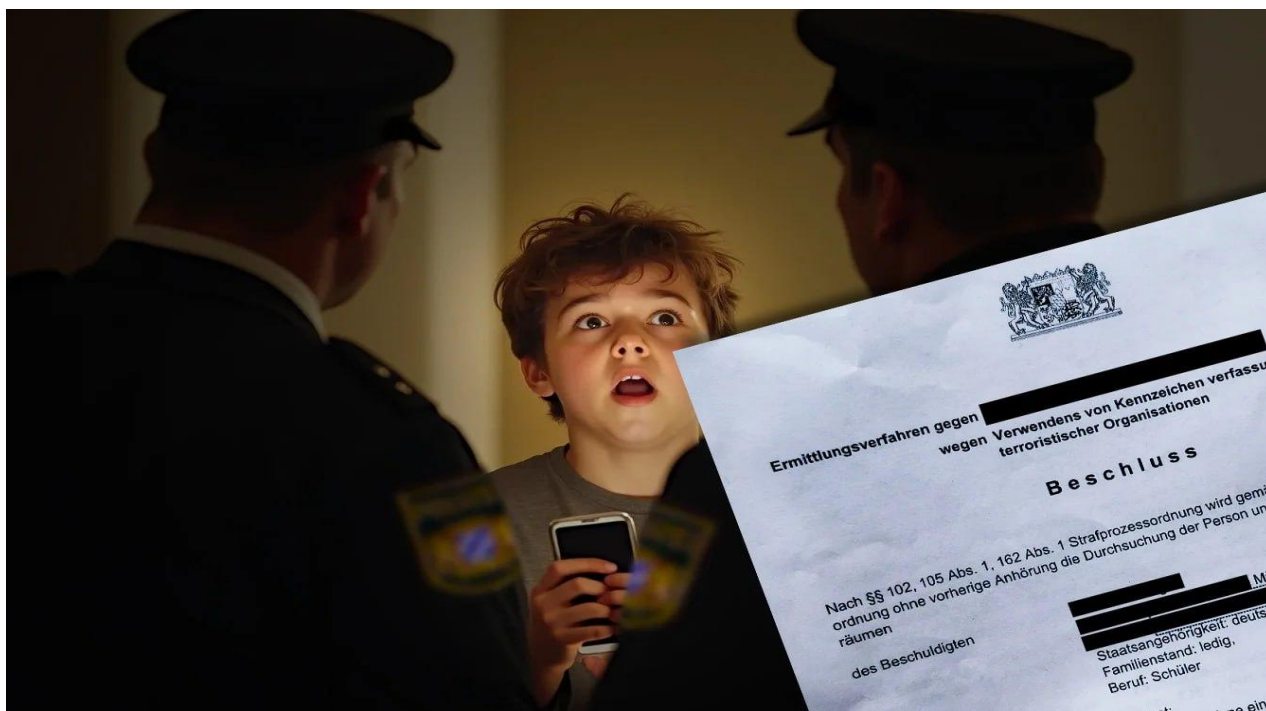


Das deutsche Problem der Meinungsäußerung

Angeblich wegen „Gefahr der Ansehensschädigung der Bundesrepublik Deutschland“: Ausreiseverbote wegen unliebsamer Meinungen!

Die aktuellen Vorgänge rund um die verhängten Ausreiseverbote gegen deutsche Staatsbürger geben allen Anlass zu größter Sorge. Acht Personen wurden am Flughafen München von der Bundespolizei an der Ausreise gehindert – teils sogar aus dem Flugzeug geholt. Ihnen wurde die Reise nach Italien, in die Schweiz und nach Österreich bis zum 18. Mai untersagt. Als Begründung heißt es, die Teilnahme an der Konferenz könne dem „Ansehen der Bundesrepublik Deutschland“ schaden, da dort rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet werde. Die Betroffenen müssen sich zudem täglich zwischen 17 und 20 Uhr bei der Polizei melden – eine Maßnahme, wie sie sonst bei schweren Straftätern üblich ist.

Besonders bedenklich ist dabei, dass offenbar nicht strafrechtlich relevante Handlungen, sondern allein die vermutete Gesinnung und der Zweck der Reise zur Grundlage staatlicher Repression gemacht werden. Dass der Staat mit solch weitreichenden Mitteln gegen die freie Meinungsäußerung und politische Versammlungsfreiheit vorgeht, sollte alarmieren.

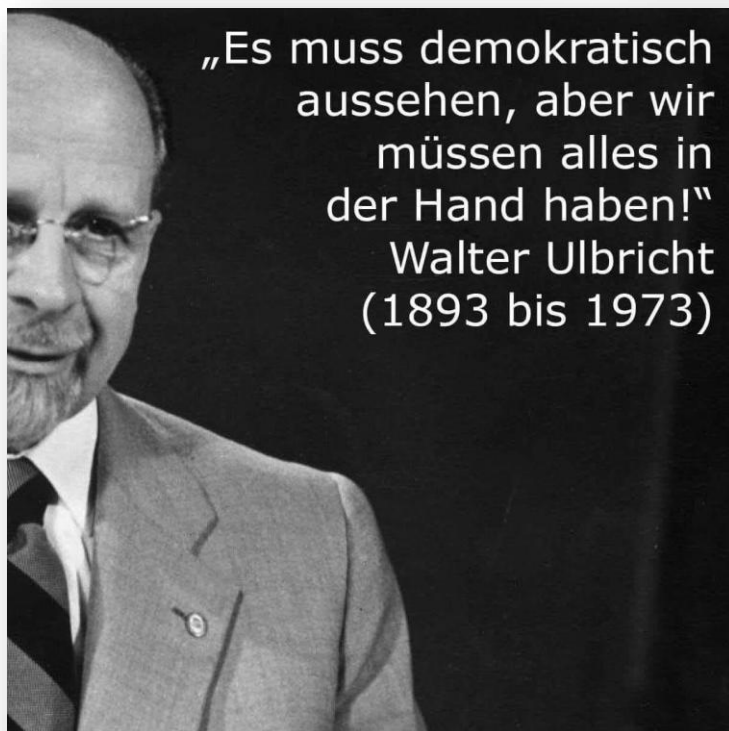


Offiziell wird die Maßnahme mit dem Schutz des „Ansehens der Bundesrepublik“ begründet – ein vager und dehnbarer Begriff, der offenbar genügt, um Reiseverbote zu verhängen, polizeiliche Meldeauflagen anzuordnen und Bürger unter Generalverdacht zu stellen. Dass dies auch Personen betrifft, die bislang nicht öffentlich in Erscheinung getreten sind, lässt tief blicken. Der Eindruck entsteht, dass nicht konkrete Straftaten, sondern politische Überzeugungen zur Grundlage hoheitlicher Eingriffe gemacht werden. In einem Rechtsstaat sollte die Auseinandersetzung mit missliebigen Meinungen durch offene Debatten erfolgen – nicht durch präventive Maßnahmen, die Bürgerrechte einschränken.

Das Ansehen Deutschlands in der Welt hat tatsächlich stark gelitten. Das liegt aber nicht an freiheitsliebenden Menschen, die ihre Meinung äußern und dafür im Auftrag der Kartellparteien vom Inlandsgeheimdienst verfolgt und systematisch diskreditiert werden. Und es liegt auch nicht an Besuchern von Konferenzen im Ausland. Der Rückgang im Ansehen Deutschlands liegt vielmehr darin begründet, dass weite Teile des Auslands schlicht nicht nachvollziehen können, wie sich die Deutschen durch Regierungen der immer gleichen Kartellparteien, die offensichtlich gegen die Interessen des eigenen Landes handeln, die Meinungsfreiheit immer weiter einschränken lassen. Gleichzeitig werden durch Klimaideologie die Wirtschaft und der Wohlstand zerstört und progressive Anschauungen wie die Gender-Ideologie und der Geschlechterkult zum Staatsdogma erhoben – von der gezielt herbeigeführten Destabilisierung durch unkontrollierte Masseneinwanderung und der damit korrelierenden Gewaltkriminalität ganz zu schweigen. Ähnlich der unter dem Deckmantel der Floskel „Hass und Hetze“ weitgehend willkürlich anwendbaren Meinungsverfolgung sollen mit der Ausreisesperre offensichtlich Gesinnungen reglementiert werden. Die jüngst an die Öffentlichkeit gelangte Zitatensammlung des Bundesamts

für Verfassungsschutz stärkt den Verdacht, dass die Redefreiheit in Deutschland staatlicherseits wesentlich repressiver ausgelegt wird, als dies vielen Bürgern bisher bewusst war. Es ist höchste Zeit für eine breit geführte Debatte darüber, ob die Deutschen den Ausbau eines bevormundend und erzieherisch agierenden Staates möchten – oder ob hierzulande auch eine wirkliche Redefreiheit, beispielsweise orientiert an den USA, verwirklicht werden kann!

Quelle: <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2025/bundespolizei-verhindert-ausreise-von-identitaeren-das-sind-die-gruende/>



„Coronaleugnerinnen und Coronaleugner müssten konsequent dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden“

„In den vergangenen zwei Jahren Coronapandemie haben sich rechtsextreme – aber auch esoterische, christliche und linksextreme – Kreise stark radikalisiert. Neben der Ablehnung von Coronamaßnahmen einte viele die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen rund um die Pandemie. Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) hat nun dafür plädiert, bei der politischen Einordnung der ‚Querdenker‘-Szene nachzuschärfen.“



Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die beiden profitabelsten Geschäfte Krieg und Krankheit sind, ist es leicht zu verstehen, was vor sich geht.

Robert F. Kennedy, Jr.



Was uns wirklich interessiert

Gefunden bei Uwe Rapolder:

Auch auf die Gefahr hin, dass viele von Euch das schon länger erkannt haben: Meint der Herr Klingbeil denn wirklich, dass seine Partei, die SPD, wegen der AfD auf gerade mal 16 % kam? Der Herr „Vizekanzler“ verwechselt Ursache und Wirkung, umgekehrt wird ein Schuh draus: Die AfD kommt wegen der Altparteien auf z. Zt. 25%, Tendenz steigend. Nicht die AfD spaltet die Gesellschaft, sondern die Altparteien mit ihrer unsäglichen Politik. Diese relativ intelligenzbefreiten, ideologisierten und selbsternannten "Moralapostel" klammern die reale Lebenssituation der „schon länger hier lebenden Menschen“ entweder aus oder sie verschlimmern sie von Tag zu Tag mit Vorsatz.

Dann wären sie also Pharisäer und gehörten deshalb aus dem Tempel, sprich aus dem Regierungsgebäude, „gebracht“.

Sorry, den strapazierten Begriff „jagen“ verwende ich natürlich nicht, sonst bin ich automatisch ein „Rechter“, ein „Nazi“, denn dies ist ja „rechtsextremer AfD-Sprech“. So einfach ist das. Die ständigen Bemühungen um Feindbilder, egal ob bei Corona, beim Klima, in der illegalen Migration oder im aktuellen Aufrüstungswahn: Es ist diese totalitär anmutende Agitation, welche die Gesellschaft spaltet. Es zählt nur eine Meinung, die vertreten werden darf: Die der seit Jahren laufenden Globalisierungs-Agenda. Die verspricht den Bürger zum angepassten Untertanen zu erziehen und „so nebenbei“ auch riesige Profite für ein paar Wenige. Unser Preis ist der Verlust unserer Freiheit, unserer Wurzeln und unserer angestammten Werte, inzwischen auch unserer inneren und äußeren Sicherheit.

Gefunden bei Tino Raabe

Der bekannte deutsche Philosoph Rüdiger Safranski („Philosophisches Quartett“) glaubt, dass die 16-Prozent-SPD dem Wahlsieger Friedrich Merz (69) die erwartete Politikwende ganz einfach gestohlen hat, obwohl die Genossen nach ihrer Wahniederlage eigentlich in Sack und Asche gehen müssten.

In der WELT erklärt Safranski das so: Die SPD verharre in ihrer „linken Selbstgerechtigkeit“ als Partei der Alt-68er: „Man ist auf dem guten Weg zu einer besseren Welt, glaubt man.“ Jede Gegenmeinung werde von den Genossen als Rechts-Populismus bekämpft: „Man muss nur das Gleichsetzungsdelirium in Gang setzen: rechts gleich rechtsextrem gleich faschistisch gleich nazistisch.“ „Es gibt alles Mögliche, nur keinen Politikwechsel.“



Safranski: „Die Situation ist schizophren. Die CDU hatte einen Politikwechsel versprochen. Und nun gibt es alles Mögliche, nur keinen Politikwechsel. Ich frage mich, wie er denn zustande kommen könnte.“ Der Philosoph weiter: Die CDU müsse der SPD mit irgendetwas drohen können, damit die SPD ihre eigene fatale Lage begreift.

Zum Beispiel: „Ein solches Druckpotenzial vonseiten der CDU wären Neuwahlen oder die Drohung, sich von der AfD in bestimmten Politikfeldern tolerieren zu lassen. Beispielsweise bei der Migration, nicht aber in der Außenpolitik.“

Bedeutet: Nur die linke Sicht auf die Welt dominiert, sie kapert den Geist der neuen Regierung.
 „Unter Vorangehen der Deutschen muss die Welt gerettet werden.“
 „Das politische Wir der hergebrachten Parteien“, predige die hedonistische Weltverbesserei:

Wir machen es besser und gerechter als alle anderen. Wir zahlen Bürgergeld, wir machen feministische Außenpolitik, unsere Energie ist sauber, wir sind die Musterschüler der regelbasierten Weltordnung, auch wenn es die gar nicht gibt. Das ist kein romantischer Traum, das ist verwöhnungsbasierter Realitätsverlust, der als hypermoralischer Eskapismus daherkommt.“

Er fürchte, so der ehemals linke 1968er, „die Deutschen wollen endlich auch einmal auf der guten Seite der Geschichte stehen. Sie führen der Rest Welt vor: Seht, wir haben unser Pensum brav gelernt! Unter Vorangehen der Deutschen muss die Welt gerettet werden. Da kommen die kryptoreligiösen Bestände wieder an die Oberfläche. Daraus speist sich das große Wir, welches bei uns regiert.“

Der Top-Philosoph ermahnt zur Debatte, die AfD-Wähler „nicht hinter der Brandmauer verbannen“. In der ehemaligen DDR, wo die AfD bei der Bundestagswahl Sensationserfolge einfuhr, sehe die Lage anders aus, so Safranski weiter: „Unter Honecker war jede Opposition faschistisch. Diesen unsäglich inflationären Gebrauch des Wortes erleben wir heute wieder.

Die Leute merken gar nicht, dass es die Brandmauer schon mal gab - als Honeckers Antifaschistischen Schutzwall. Nur steht der jetzt nicht mehr in der Landschaft, sondern im Diskurs und bewirkt, dass eine SPD mit 16 Prozent dem Mehrheitswillen die Politikwende klauen kann.“ Letztlich habe das „Faschismusgerede“ der SPD „nur noch eine einzige Funktion“ so der Philosoph: Ahnungslos, was Faschismus wirklich bedeutet, beschwört man ihn, um zu sagen: „Wir gehören nicht dazu. Alle anderen können heute Faschisten sein, aber wir nicht. Wir sind die Guten.“

Nun, da die USA einen anderen Weg eingeschlagen hat, wird alles offenbar noch extremer. Aus Freunden wurden Feinde. Die EU, vor allem die Deutschen, sollten wirklich aufpassen, dass sie ihre Karten nicht komplett überreizen. Und noch eines, Herr Klingbeil: Als Wahlverlierer der Bevölkerung den Politikwechsel zu „klauen“ und dann so aufzuschlagen: DAS ist NICHT demokratisch und verdeutlicht, wieso die „Brandmauer“ so überlebenswichtig für die SPD und vor allem für Sie ist."

Gefunden bei Hans-Georg Maaßen

„Die von CDU/ CSU und SPD vorgesehenen Verschärfungen des Volksverhetzungstatbestands sind so weit gefasst, dass sie praktisch zu einer Bekämpfung von all denjenigen führen, die sich regierungskritisch äußern. Wenn die Verbreitung falscher Tatsachen unter Strafe gestellt werden soll, dann hört sich das für den unbedarften Wähler noch recht harmlos an.

Wenn ihm aber klar ist, dass eine ideologisch geprägte politische Gruppe, sich das Recht vorbehält zu entscheiden, was wahr und was falsch ist, dann sollte er erkennen, dass dies mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Bekämpfung der kritischen Opposition führen wird.

Aus meiner Sicht muss der Volksverhetzungstatbestand ersatzlos abgeschafft werden, weil er ein Einfallstor zur politischen Verfolgung Andersdenkender ist. Und wenn ich jetzt hier zur Kenntnis nehme, dass in einem Zusammenhang mit Terrorismus auch „Hass und Hetze“ genannt wird, dann zeigt das, in welche Richtung es geht, nämlich in Richtung politische Verfolgung von Gegnern.

Das, was diese Politiker als „Hass und Hetze“ diffamieren, unterfällt nach jetziger Rechtslage dem Menschenrecht auf Meinungsfreiheit und ist nicht strafbar. Was hier gemacht wird, ist nichts anderes als die Übernahme eines linksradikalen Narratives, nämlich dem politischen Gegner das Recht auf Meinungsfreiheit abzusprechen und seine Positionen als Hass und Hetze zu diffamieren und zu kriminalisieren.“ HG Maaßen bei Alexander Wallasch

Ein kleines Stück Gerechtigkeit

von Corrado Cattani

In Zeiten in denen Scheiße passiert, viel zu viel Scheiße passiert, muss man sich auch einmal an den kleinen Dingen erfreuen...



Doch zunächst einmal der Reihe nach: Nachdem bei den letzten Gerichtsprozessen die einstmals vor dem Gesetz unbescholtene Manu C. im Fadenkreuz einer willfährigen Justiz stand, sollte es heute ihrem Lebenspartner Dirk M. an den Kragen gehen.

Es ist 9 Uhr am Montag den 17.03.2025, und wir befinden uns im Amtsgericht Duisburg: Das Interesse der Öffentlichkeit an diesem Verfahren erschien so groß, dass der Prozess in einen größeren Sitzungssaal verlegt werden musste. 36 Zuschauer fanden im Gerichtssaal Platz, und es warteten noch einmal ca. 20-25 Interessierte in den Fluren des Duisburger Amts- und Landesgerichts sowie draußen vor der dem Gerichtsgebäude. Worum ging es eigentlich? Gegen Dirk M. vom Runden Tisch wurde, wie schon gegen seine Lebenspartnerin Manu C., ein Strafbefehl erlassen. Angeblich habe er, ebenso wie sie, am 14. März 2022 in den Diensträumen des Duisburger Polizeipräsidiums beim Staatsschutz, wissentlich ein unrichtiges Maskenbefreiungsattest verwendet, so der Vorwurf. Doch im Falle von Dirk M. gestaltete sich die Anklageschrift noch einmal um einiges verworrener: So wurden dem Angeklagten in nunmehr 6 verschiedenen Schriftstücken 3 verschiedene Straftaten vorgeworfen:

1. Der Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse

2. Urkundenfälschung

3. Fälschung von Impfdokumentationen

Folglich wollte Dirk M. gerne wissen, ob die Staatsanwaltschaft und das Gericht sich auf einen Strafbestand einigen konnten, der ihm zur Last gelegt wird. Lapidar entgegnete die Richterin, dass es um denjenigen Strafbestand gehe, der gerade vorgelesen wurde und der Angeklagte Dirk M.

nicht hier sei, um die Staatsanwaltschaft zu befragen, sondern sich zum vorgelesenen Anklagevorwurf (wissentlicher Gebrauch eines unrichtigen Maskenbefreiungsattests) zu äußern.

Wer den Runden Tisch und Dirk M.s Aktivitäten in den letzten Jahren ein wenig verfolgt hat, wusste natürlich, dass der Angeklagte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würde, zum Anklagevorwurf Stellung zu beziehen: Als erstes hinterfragte Dirk M. die Sinnhaftigkeit der Anklage per se: „Wie konnte ich wissentlich ein falsches Attest benutzen, wenn ich die Dokumentation von Dr. T. [Name des damaligen Hausarztes des Angeklagten] gar nicht kannte?

Zudem führte seine Verteidigerin an, dass bei ähnlichen Fällen u. a. ein Dr. T. aus Bochum, der mehr Maskenattests als Dirk M.s damaliger Hausarzt Dr. T. aus Duisburg (dieser stellte lediglich 2 Maskenattests aus) ausstellte, freigesprochen wurde. Aber wie kam es überhaupt zu dem Vorwurf, Dirk M. habe sich schuldig gemacht wissentlich ein unrichtiges Maskenbefreiungsattest verwendet zu haben?



Am 14. März 2022 wurde Dirk M.s Lebenspartnerin Manu C. vom Polizisten L. vom Staatsschutz zu einem informellen Gespräch gebeten. Manu C. ließ der damaligen Ministerin für Schule und Bildung des Landes NRW Yvonne Gebauer zahlreiche Schriftstücke (inklusive internationaler Studien und Gefährdungsanalysen) zukommen, welche die Gefährlichkeit bzw. Unwirksamkeit von Teststäbchen und FFP2-Masken belegten. Weder Yvonne Gebauer selbst, noch Repräsentanten ihres Ministeriums reagierten auf die faktenbasierten Dokumente Manu C.s.

Folglich zeigte Manu C. Yvonne Gebauer wegen Kindeswohlgefährdung an. Ebenjene Dokumente wollte Polizist L. vom Staatsschutz, wie er vorgab, am 14. März 2022, persönlich in Augenschein nehmen. Als Manu C., in Begleitung des Angeklagten Dirk M., am besagten Tag, im Duisburger Polizeipräsidium eintraf, hatte er sowohl an der Richtigkeit von Manu C.s als auch Dirk M.s Maskenattest nichts zu beanstanden.

Nachträglich entspann KOK L. vom Staatsschutz jedoch die hanebüchene Logik Manu C. und Dirk M. hätten ja beim Treppen steigen, wohlgemerkt ohne Maske (!!!), keine gesundheitlichen Einschränkungen offenbart, also seien sie auch gesundheitlich in der Lage eine FFP2-Maske zu

tragen. KOK L.s Vorstellungen einer, wohlgerneht aus Laiensicht (!!!), vorgenommenen Beurteilung von Manu C.s und Dirk M.s Gesundheitszustand scheinen ebenso von einer nachvollziehbaren Logik abzuweichen wie das, was KOK L. unter einem informellen Gespräch zu verstehen scheint:

So äußerte Dirk M., dass das stattgefundenene, ca. 2 Stunden dauernde Gespräch, nicht von informellem Charakter zu sein schien, sondern vielmehr verhörartig wirkte. Dirk M.s Lebenspartnerin Manu C. wurde gefragt, ob sie eine rechte Gesinnung habe, antisemitische Tendenzen in ihrem Habitus aufweise oder gar eine Reichsbürgerin sei?

All diese Fragen haben nichts mit einer sachanalytischen Auseinandersetzung der eingereichten Schriftstücke Manu C.s zu tun. Am Ende des Gesprächs ließ Manu C. ihren Ordner mit den entsprechenden Studien etc. da und ging nach Hause. Eine Woche später rief sie beim Staatsschutz an und wollte wissen, wo ihr Ordner geblieben sei.

Hierauf entgegnete KOK L.: „Der Ordner ist beschlagnahmt und gehört jetzt der Staatsanwaltschaft.“ Für wahren Zündstoff sorgte jedoch KOK L.s hierauf folgende Aussage, die sowohl Manu C., als auch Dirk M. bestätigen: „Ich empfehle Ihnen [hier: Manu C.] von Strafanzeigen gegen Politiker [hier: Yvonne Gebauer] zukünftig abzusehen denn der Schuss kann auch mal nach hinten losgehen.“ Ist es komisch sich zu wundern, dass jemand, der solche Aussagen tätigt, frei herumläuft und für den Staatsschutz arbeitet, und Menschen die Probleme haben Luft zu atmen, während sie FFP2-Masken tragen, von der deutschen Justiz angeklagt werden? Ich denke nicht.



Dass aber ausgerechnet jener KOK L., der die Strafbefehle gegen Manu C. und Dirk M. in Auftrag gab über seinen eigenen Strafbefehl ermitteln soll, scheint an Absurdität nicht zu überbieten sein, was Dirk M. bzgl. der Funktionalität des innerdeutschen Apparates der Rechtsprechung zur Verortung „Bananenrepublik“ verleitete. All die genannten Ungereimtheiten in diesen Strafverfahren schienen auch an der Richterin, eindeutig die Vernünftigste, aller bisherigen in dieser Prozess-Saga, nicht spurlos vorbei gegangen zu sein.

Es schien sich in ihren Gedanken der Eindruck zu verfestigen: <Hier stimmt etwas nicht!> Auf Nachfrage der Richterin äußerte Dirk M. seine gesundheitlichen Einschränkungen beim Maske-Tragen. Sobald er eine FFP2-Maske trägt, bekomme er Schnappatmung. So musste er sich bspw. zu Zeiten der Maskenpflicht in Einkaufszentren auf einen Bierkasten setzen, um sich von der Atemlosigkeit beim Tragen einer FFP2-Maske zu erholen. Wegen der Schwierigkeiten beim Tragen einer FFP2-Maske bzw. OP-Maske ging der Angeklagte Dirk M. im November 2020 zu seinem damaligen Hausarzt Dr. T. Dieser maß Dirk M.s Puls, sowie dessen Herzfrequenz und stellte ihm nach seiner Anamnese 3-4 Tage später ein Maskenbefreiungsattest aus.

Gegen Dr. T., der nach wie vor zum Strafverfahren nicht aussagen konnte/wollte, wurden mittlerweile die Ermittlungen eingestellt, was den Angeklagten Dirk M. zu der berechtigten Frage verleitete: „Wie kann es sein, dass gegen mich noch ermittelt wird, aber nicht mehr gegen den Arzt, der ja laut Anklagevorwurf angeblich ein unrichtiges Maskenattest ausgestellt hat?“ Außerdem hinterfragte der Angeklagte Dirk M. den Umgang des Staatsschutzes mit dem Thema Datenschutz: Schließlich wurden nicht nur Dirk M.s fallimmanent/prozessbezogen relevante Patientenakten beschlagnahmt, sondern sämtliche seit 1995, dem Jahr seit dem Dirk M. Patient von Dr. T. gewesen ist. Auch Manu C.s komplette Patientenakten (sie war 7 Jahre lang Patientin von Dr. T.) wurden vom Staatsschutz beschlagnahmt.

Das Strafverfahren pausierte für 10 Minuten, um zu klären, ob Dr. T. mittlerweile bereit sei eine Aussage zu tätigen, was unveränderlich nicht der Fall ist/war. Dirk M.s Verteidigerin beantragte noch den aktuell krankgeschriebenen KOK L. im Zeugenstand zu hören. Die Richterin schien jedoch auf dieses überflüssige Possenspiel keinen Bock mehr zu haben. Sie liebäugelte bereits vor der Pause mit einer Einstellung des Verfahrens gegen Dirk M. Zu stichhaltig, zu eindeutig müssen ihr der geschilderte Sachverhalt, samt dargelegter Argumente des Angeklagten sowie seiner Verteidigerin, vorgekommen sein. Da die Staatsanwaltschaft allerdings keine Einstellung des Verfahrens ohne Auflagen akzeptieren würde, einigte man sich letzten Endes auf folgendes:

Das Verfahren gegen den Angeklagten Dirk M. wird eingestellt. Dieser hat binnen 6 Monaten 300€ an eine wohltätige Organisation seiner Wahl zu zahlen. Für Dirk M. ist dies kein Beinbruch, ganz im Gegenteil, spendet er doch jährlich 500 € an den Tierschutz. So lässt er die angeforderten 300€ einer Tierschutzorganisation zukommen, die er selbst vor 15 Jahren mitgegründet hat. Die Gerichtskosten werden aus der Staatskasse gezahlt.

Um 11:17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und ein kleines Stück Gerechtigkeit scheint wiederhergestellt worden zu sein.

Ist jetzt deshalb alles wieder gut? Nein, aber das Urteil hilft ungemein, auch und gerade, dass die bereits vom Amtsgericht Duisburg im Parallelverfahren verurteilte Manu C. am Donnerstag, den 14.08.2025, einen Freispruch erwirken kann. Dirk M. wollte nach eigenem Bekunden eigentlich weitermachen aber aus prozesstaktischen Gründen für das 2. Verfahren von Manu C. vor dem Landgericht war es äußerst klug eine Einstellung zu erwirken, da nunmehr die Richterin im Verfahren gegen Manu C. enormen Druck hat und auf dieser Basis natürlich keine Verurteilung aussprechen kann, denn das wäre vollkommen unlogisch und auch absurd.

Es sollte selbstverständlich sein, dass Recht gesprochen wird, aber das ist es nicht und war es wohlmöglich auch nie. Daher ist es absolut in Ordnung für heute zufrieden zu sein, aber der Kampf gegen Unrecht und eine korruptierte willfährige Justiz ist noch nicht vorbei!

Für heute lässt sich allerdings sagen: Chapeau Dirk M.! Und auch einen Dank an die Richterin, welche offenbar den Mut hatte, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen und nicht einfach bereit war, Gehorsamkeit um jeden Preis an den Tag zu legen.



Wahrscheinlich mehr als 186.000 Tote

GAZA - Israelischer Völkermord für Großisrael

von Rasha Khatib, Martin McKee & Salim Yusuf – Global Research The Lancet
Die offiziellen Zahlen werden so wahrscheinlich nicht stimmen. Obwohl diese bereits schockierend genug sind, gleicht das israelische Gemetzel einem Völkermord der in die Geschichte als grausam und barbarisch eingehen wird.



Bis zum 19. Juni 2024 wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza seit dem Angriff der Hamas und der israelischen Invasion im Oktober 2023 37.396 Menschen im Gazastreifen getötet, wie das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten berichtete.

Die Zahlen des Ministeriums wurden von den israelischen Behörden angefochten, obwohl sie von den israelischen Geheimdiensten, der UNO und der WHO als korrekt akzeptiert wurden. Diese Daten werden durch unabhängige Analysen gestützt, in denen die Veränderungen in der Zahl der Todesfälle von Mitarbeitern des UN-Hilfswerks (UNRWA) mit den vom Ministerium gemeldeten verglichen wurden, das die Behauptungen über eine Datenfälschung für unplausibel hielt.

Das Sammeln von Daten wird für das Gesundheitsministerium in Gaza immer schwieriger, da ein Großteil der Infrastruktur zerstört ist. Das Ministerium musste seine übliche Berichterstattung, die auf Menschen basiert, die in seinen Krankenhäusern sterben oder tot eingeliefert werden, durch Informationen aus zuverlässigen Medienquellen und Ersthelfern ergänzen. Diese Änderung hat unweigerlich zu einer Verschlechterung der zuvor aufgezeichneten detaillierten Daten geführt. Folglich meldet das Gesundheitsministerium in Gaza nun getrennt die Anzahl der nicht identifizierten Leichen an der Gesamtzahl der Todesopfer.

Mit Stand vom 10. Mai 2024 waren 30 % der 35.091 Todesfälle nicht identifiziert. Einige Beamte und Nachrichtenagenturen haben diese Entwicklung, um die Datenqualität zu verbessern, genutzt, um den Wahrheitsgehalt der Daten zu untergraben. Die Zahl der gemeldeten Todesfälle dürfte jedoch zu niedrig angesetzt werden.

Die Nichtregierungsorganisation Airwars nimmt detaillierte Auswertungen der Vorfälle im Gazastreifen vor und stellt dabei häufig fest, dass nicht alle Namen identifizierbarer Opfer in der Liste des Ministeriums aufgeführt sind. Darüber hinaus schätzt die UNO, dass bis zum 29. Februar 2024 35 % der Gebäude im Gazastreifen zerstört waren, so dass die Zahl der noch in den Trümmern begrabenen Leichen mit Schätzungen von mehr als 10.000 beträchtlich sein dürfte.

Bewaffnete Konflikte haben indirekte gesundheitliche Auswirkungen, die über den direkten Schaden durch Gewalt hinausgehen. Selbst wenn der Konflikt sofort beendet wird, wird es in den kommenden Monaten und Jahren weiterhin viele indirekte Todesfälle geben, die auf Ursachen wie reproduktive, übertragbare und nicht übertragbare Krankheiten zurückzuführen sind. Angesichts der Intensität dieses Konflikts wird erwartet, dass die Gesamtzahl der Todesopfer hoch sein wird:

Zerstörte Gesundheitsinfrastruktur; gravierende Engpässe an Lebensmitteln, Wasser und Unterkünften; die Unfähigkeit der Bevölkerung, an sichere Orte zu fliehen; und der Verlust von Finanzmitteln für die UNRWA, eine der wenigen humanitären Organisationen, die noch im Gazastreifen aktiv sind.



Ganz ungeniert erklärt
Netanjaho vor der UN
seine feuchten Träume
eines „Großisrael“

In den jüngsten Konflikten ist die Zahl solcher indirekten Todesfälle drei- bis fünfmal so hoch wie die Zahl der direkten Todesfälle. Wendet man eine konservative Schätzung von vier indirekten Todesfällen pro direkten Todesfall auf die 37.396 gemeldeten Todesfälle an, so ist es nicht unplausibel zu schätzen, dass bis zu **186.000 oder sogar mehr Todesfälle auf den aktuellen Konflikt in Gaza zurückzuführen sein könnten**. Legt man die Bevölkerungsschätzung für den Gazastreifen im Jahr 2022 von 2.375.259 zugrunde, entspräche dies 7,9 % der Gesamtbevölkerung im Gazastreifen.

Ein Bericht vom 7. Februar 2024, als die direkte Zahl der Todesopfer 28.000 betrug, schätzte, dass es ohne einen Waffenstillstand bis zum 6. August 2024 zwischen 58.260 (ohne Epidemie oder Eskalation) und 85.750 Todesfälle (falls beides eintritt) geben würde. Ein sofortiger und dringender Waffenstillstand im Gazastreifen ist von entscheidender Bedeutung, begleitet von Maßnahmen, welche die Verteilung von medizinischen Hilfsgütern, Lebensmitteln, sauberem Wasser und anderen Ressourcen für die Grundbedürfnisse der Menschen ermöglichen.

Gleichzeitig ist es notwendig das Ausmaß und die Art des Leids in diesem Konflikt festzuhalten. Die Dokumentation des wahren Ausmaßes ist entscheidend, um die historische Rechenschaftspflicht zu gewährleisten und die vollen Kosten des Krieges anzuerkennen. Es ist auch gesetzlich vorgeschrieben.

Die vom Internationalen Gerichtshof im Januar 2024 erlassenen einstweiligen Maßnahmen verlangen von Israel, „wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Zerstörung zu verhindern und die Sicherung von Beweisen im Zusammenhang mit Vorwürfen von Handlungen im Rahmen von ... die Völkermordkonvention“. Das Gesundheitsministerium von Gaza ist die einzige Organisation, welche die Toten zählt. Darüber hinaus werden diese Daten für den Wiederaufbau nach dem Krieg, die Wiederherstellung der Infrastruktur und die Planung humanitärer Hilfe von entscheidender Bedeutung sein.



Wie den Palästinensern schrittweise ihr Land gestohlen wurde



EUROPÄISCHER GERICHTSHOF:

Impfärzte haften persönlich für mögliche Impfschäden durch Covid19- Injektionen

Eine dem ersten Anschein nach nicht sehr spektakuläre Entscheidung traf der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am 30.01.2025, Geschäftszahl C-586/23 P in der Rechtssache des von Univ. Prof. Giovanni Frajese vor dem Gerichtshof der Europäischen Union angestregten Falles, der ein überraschendes Ergebnis hervorbrachte:



Nicht etwa, weil der, von zwei Menschenrechtsorganisationen mit vertretene, Antrag auf Widerruf der Zulassung der Covid19-Impfstoffe abgelehnt wurde, sondern aufgrund der bemerkenswerten Urteilsbegründung.

Der Beschwerdeführer Giovanni Frajese ist Arzt, Neuroendokrinologe, Universitätsprofessor für Endokrinologie und angewandte medizintechnische Wissenschaften an der Universität Rom Foro Italico sowie Autor zahlreicher Beiträge in renommierten Wissenschaftsmagazinen. Er richtete sich in seiner EGMR-Beschwerde gegen nationale Zulassungen in Italien, welche die uneingeschränkte Verwendung bedenklicher Covid19-Impfstoffe im Gebiet der EU zulassen und rügte dabei auch mehrfache Formalfehler und eine Unzuständigkeit italienischer Gerichte und Behörden.

Aus der vorliegenden Entscheidung des EGMR

(<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=294784&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1>)(in französisch) kann abgeleitet werden, dass alle Angehörigen der Gesundheitsberufe, welche Patienten zu einer Impfung gegen Sars-Cov2 gedrängt haben, zivil- und strafrechtlich persönlich haftbar sind, weil für die Verabreichung der Anti-Covid-Impfstoffe ein ärztliches Rezept erforderlich war. Alle Ärzte hätten sich nach eigener Beurteilung und Verantwortung für oder gegen die Verabreichung dieser Medikamente entscheiden können, sodass eine mögliche zivil- und strafrechtliche Haftung des medizinischen Fachpersonals nach dem jeweiligen Einzelfall zu beurteilen wäre.

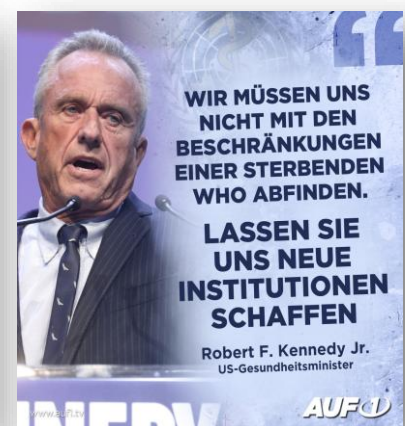
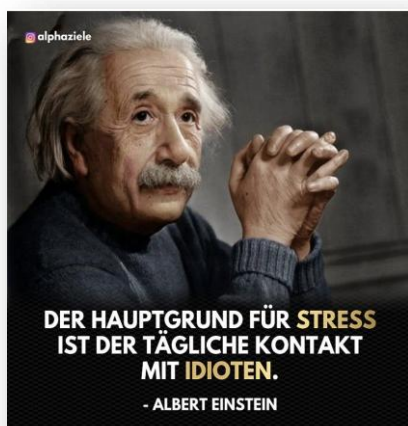
Die vom Gericht angeführten Gründe könnten somit die disziplinarischen und strafrechtlichen Verfahren gegen Impfkritiker rund um Covid-19 in Frage stellen und andererseits eine Haftung jener Ärzte, die „ohne Wenn und Aber“ Patienten geimpft haben, im Falle von Impfschäden begründen. Insbesondere wurde ausgeführt, dass die Entscheidungen der Kommission zur Genehmigung des Inverkehrbringens „Ärzte nicht verpflichtet, ihren Patienten diese Impfstoffe zu verschreiben und zu verabreichen“. Damit wurde der Grundsatz des Rechts auf freie Behandlung

und das Recht des Arztes, im Einzelfall im ausschließlichen Interesse der Gesundheit des Patienten die geeignetste, sicherste und wirksamste Behandlung zu wählen, bekräftigt.



Man wird sich mit dieser Entscheidung des EGMR noch genauer befassen müssen. Sie scheint aber zur Frage der ärztlichen Haftung von sogenannten Impfärzten während der Corona-Krise von besonderer Bedeutung zu sein, als nicht nur einerseits die persönliche Verantwortlichkeit des Arztes selbst hervorgehoben wird, sondern andererseits auch jene Mediziner, die sich während der bekannten Impfpropaganda im Rahmen ihrer Behandlungsfreiheit geweigert hatten, überhaupt oder zumindest bestimmte Personengruppen mangels Individualschutzbedürfnisses gegen Sars-Cov2 zu impfen, in ihrem Ruf wieder rehabilitiert wären.

Vor allem müssten alle diesbezüglichen disziplinarrechtlichen Verurteilungen unter diesem Aspekt möglicherweise nachträglich durch eine Wiederaufnahme des Verfahrens aufgehoben und eingestellt werden. Andererseits müssten jedoch (Impf-)Ärzte, die alle Anweisungen der Genehmigungsakten ignoriert und eine sorgfältige medizinische Untersuchung der zu impfenden Personen samt einer formellen medikamentösen Verschreibung unterlassen haben, im Falle eines kausalen Schadens nachträglich zu einer persönlichen Haftung herangezogen werden. Man darf also über weitere Entwicklungen gespannt sein. Meine Anwaltskanzlei wird jedenfalls in den anhängigen Gerichtsverfahren die nunmehrigen europarechtlichen Grundlagen einfließen lassen.



Lug und Betrug in der Politik ist systemisch

Solange es Regierungen und Herrschaftssysteme gibt werden die Menschen grundsätzlich belogen

von Dirk Magnutzki

Wenn man einmal das System verstanden hat in dem wir alle leben, wird sehr schnell klar und deutlich warum Lug und Betrug zu unserem Leben so selbstverständlich gehört, wie der Wechsel zwischen Tag und Nacht. Es ist geradezu logisch:



Jeder Mensch wurde in das vorherrschende System hinein geboren. Seit der Kindheit sind uns ganz bestimmte Gegebenheiten klar und verständlich. Es gibt einen Tag und eine Nacht, ein Sonnensystem mit Planeten, die um die Sonne kreisen und einen bewohnten kugelförmigen Planeten, der bewohnt wird von Menschen, Tieren und Pflanzen. Die einen glauben an die Evolution, die anderen an Gott und seine Schöpfung der Menschheit. Es gäbe noch zahlreiche Beispiele dafür, dass unser grundsätzliches Weltbild in uns fest installiert wurde wie eine Art Programmierung. Was wäre, wenn das alles oder zumindest vieles davon überhaupt nicht stimmt?

Was wäre, wenn die Erde keine sich drehende Kugel ist, sondern eine feststehende Scheibe? Was wäre, wenn nicht Gott oder die Evolution die Menschheit hervorgebracht hätte, sondern eine außerirdische Spezies? Das kann doch gar nicht sein, das muss kompletter Blödsinn sein, eine Verschwörung, eine Fake-Information. Tatsächlich? Haben wir das nicht auch alle geglaubt, als man uns eine angebliche Pandemie verkaufen wollte, die man mit einer Stoffmaske aufhalten kann? Oder dass wir alle dafür verantwortlich sein sollen, dass die Erde sich angeblich gefährlich erwärmt durch CO₂? Was wurde in diesem Zusammenhang eigentlich aus dem Ozonloch über der Arktis und dem Treibhauseffekt, den man uns vor 40 Jahren als nahendes Ende der Welt stets vorgebetet hat? Heute wissen wir: Das waren alles ausgemachte Lügen, es war nichts anderes als Lug und Betrug. Ich kritisiere an der sogenannten „Aufklärungsbewegung“, dass auch hier bei sehr vielen immer noch gedankliche Tabus bestehen alles, aber auch wirklich alles zu hinterfragen

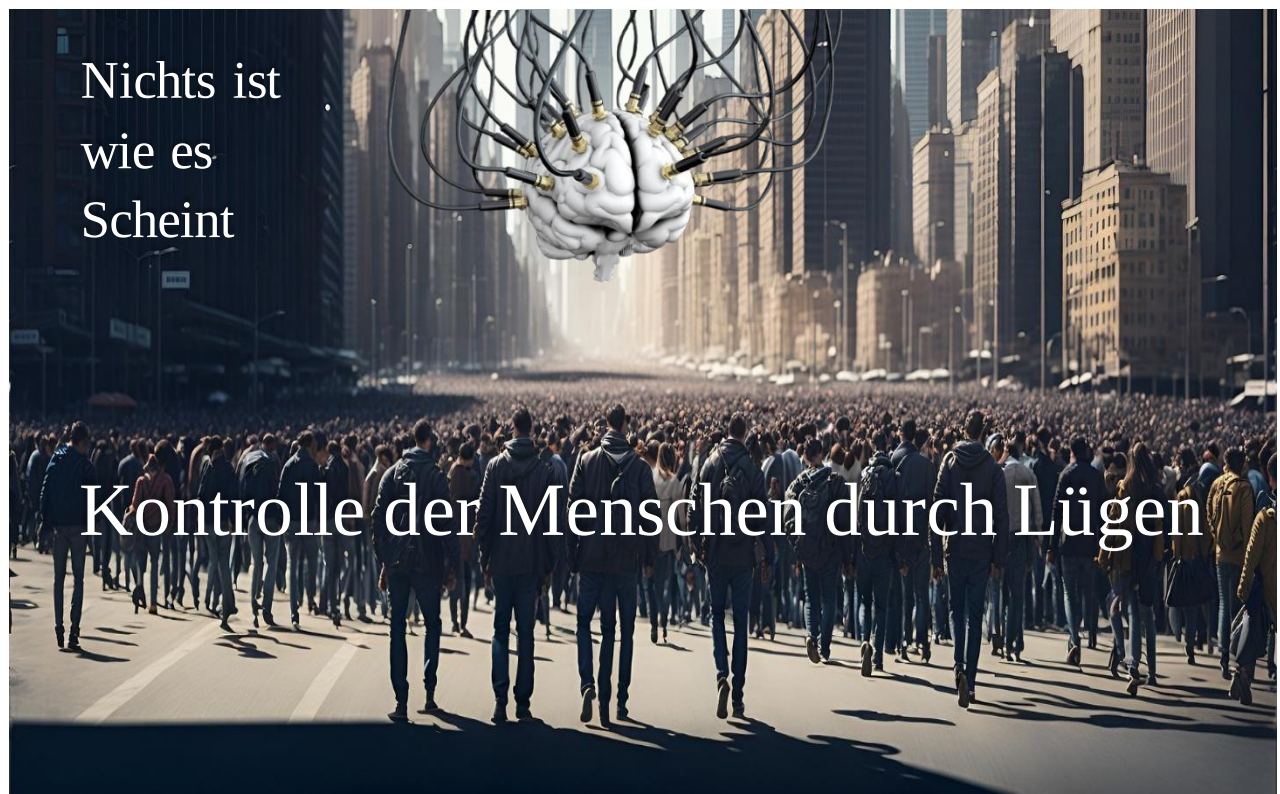
und sich zu mindestens frei zu machen, dass nahezu alles möglich wäre. Stellen wir uns doch einmal vor das bei Ausgrabungen Artefakte von technischen Maschinen und Skelette gefunden würden, die eindeutig beweisen, dass eine andere Spezies lange vor dem Menschen weitaus höher entwickelt auf der Erde gelebt hat und vielleicht sogar die Menschheit erschaffen hätte. Was würde wohl passieren? Würde das dann tatsächlich veröffentlicht werden? Was passiert mit den Kirchen der unterschiedlichsten Religionen? Was passiert mit den Regierungen und mit der Wissenschaft? Ich denke, dass niemals so eine Information oder ähnliches veröffentlicht werden würde. Gäbe es eine pflanzliche Substanz gegen Krebszellen, Herzinfarkte, Schlaganfälle usw. Würde das je veröffentlicht werden bei einem weltweiten Gesamtumsatz von rd. 1,3 Billionen US Dollar? Warum verschwanden die Erfindungen, die Automobile mit alternativen Kraftstoffen bis hin zu Wasser angetriebenen Motoren? Wo sind all diese Erfindungen, die uns allen das Leben deutlich einfacher machen könnten? Es gibt längst Heilmittel gegen fast jede Erkrankung auf diesem Planeten, die aber niemals den Menschen zu Verfügung gestellt werden. Die Gier der Industrie, extrem reicher Personen und Regierungen werden heute und in Zukunft immer dafür sorgen, dass die Menschen belogen und dadurch betrogen werden. Wer tatsächlich glaubt seine Regierung, oder sein König, oder die Kirche wollen nur das Beste für die Menschen, der ist naiv und verloren.

Lug und Betrug ist wie der Leim, der die Holzstückchen einer USB oder Sperrholzplatte zusammenhält. Ohne den Leim der Lüge, die so alt ist wie die Menschheit wären alle Holzstückchen lose und somit nicht mehr kontrollier- und steuerbar. Von jetzt auf gleich würden sofort alle Machtstrukturen auf diesem Planeten vollkommen und unwiderruflich auseinanderbrechen. Vielleicht wäre sogar ein geordnetes Leben so wie wir es kennen überhaupt nicht möglich, da es keine Strukturen mehr gäbe. Manche Strukturen sind ja durchaus wichtig und wünschenswert, andere aber nicht. Ohne den Leim gäbe es keine USB oder Sperrholzplatten und somit kein Baumaterial für bestimmte Bauten. Ich denke, dass das meiste, was wir bisher zu wissen glauben, nicht stimmt. Wer erkennbar die Menschen so dermaßen unverhohlen anlügt wie wir es seit einigen Jahren deutlich erkennen können, der lügt logischerweise auch bei allen anderen Themen. Ich weiß nicht, ob die Erde rund oder flach ist, denn ich habe sie weder vollständig umrundet, noch von außen gesehen. Ich weiß auch nicht wer letztlich für die Erschaffung der Menschheit und Tiere verantwortlich war, denn ich war nicht dabei. Ich kann mir aber mittlerweile nahezu alles vorstellen und weiß ganz genau, dass wir tagtäglich belogen und



betrogen und benutzt werden, um ganz bestimmte Systeme zu bedienen, damit die Kontrolle der Menschheit auch weiterhin gewährleistet ist. Es ist ein völliger Trugschluss, dass manche glauben, wenn sie ihre Tomaten selber anpflanzen, ihren Reisepass wegschmeißen und im Wald leben, sind sie aus dem System raus. Solange das System um uns herum existiert, bleibt jeder auch in dem System drin. Der eine mehr, der andere weniger, aber das System bestimmt das komplette Weltbild. Die Widersprüche zu fast allen Themen sind mittlerweile so klar und offensichtlich, dass man sie nur schwer übersehen kann.

Die Masse der Menschen spürt trotzdem eine innere Unwucht in sich das einiges nicht so ganz stimmig ist, aber dennoch bleiben sie auch mental ganz tief in ihrem Wohlfühlssystem drin, denn draußen kennt man sich ja nicht aus und ist auch vielleicht alleine. Also denken diese Menschen: „Was nützt es mir, wenn ich das eine oder andere weiß und mich dann dabei schlecht fühle.“ Der Mensch ist in Teilen pragmatisch konstruiert und sieht für sich selber keinen unbedingten Vorteil im Wissen der Wahrheit. Es gibt aber auch andere Menschen, die fast alles geben würden für die Wahrheit, denn nur dann können sie frei atmen.



Die Lüge und der Betrug haben mittlerweile ein dermaßen extremes Ausmaß angenommen, das selbst die „Wegseher“ nicht mehr wissen in welche Richtung sie noch sehen sollen. Es wird fast täglich immer schwerer sein eigenes Gewissen zu unterdrücken und mit immer neuen Stillhalteparolen im Zaun zu halten. Irgendwann funktioniert auch das nicht mehr und dann bricht es aus einem heraus wie ein Trauma bei einem schwer traumatisierten Menschen, der schlimmes erleben musste. Wir steuern immer weiter auf diesen Punkt zu und es scheint unausweichlich zu sein, dass die Lügen und der Betrug an den Menschen, den verantwortlichen wie eine Naturgewalt um die Ohren fliegt. Die Wahrheit kennt dann keine Gnade.

Diktatorisch Totalitäre BRD

Angeblich wegen „Gefahr der Ansehensschädigung der Bundesrepublik Deutschland“ Ausreiseverbote wegen unliebsamer Meinungen!

Die aktuellen Vorgänge rund um die verhängten Ausreiseverbote gegen deutsche Staatsbürger geben allen Anlass zu größter Sorge. Acht Personen wurden am Flughafen München von der Bundespolizei an der Ausreise gehindert – teils sogar aus dem Flugzeug geholt. Ihnen wurde die Reise nach Italien, in die Schweiz und nach Österreich bis zum 18. Mai untersagt.



Als Begründung heißt es, die Teilnahme an der Konferenz könne dem „Ansehen der Bundesrepublik Deutschland“ schaden, da dort rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet werde. Die Betroffenen müssen sich zudem täglich zwischen 17 und 20 Uhr bei der Polizei melden – eine Maßnahme, wie sie sonst bei schweren Straftätern üblich ist. Besonders bedenklich ist dabei, dass offenbar nicht strafrechtlich relevante Handlungen, sondern allein die vermutete Gesinnung und der Zweck der Reise zur Grundlage staatlicher Repression gemacht werden. Dass der Staat mit solch weitreichenden Mitteln gegen die freie Meinungsäußerung und politische Versammlungsfreiheit vorgeht, sollte alarmieren.

Offiziell wird die Maßnahme mit dem Schutz des „Ansehens der Bundesrepublik“ begründet – ein vager und dehnbarer Begriff, der offenbar genügt, um Reiseverbote zu verhängen, polizeiliche Meldeauflagen anzuordnen und Bürger unter Generalverdacht zu stellen. Dass dies auch Personen betrifft, die bislang nicht öffentlich in Erscheinung getreten sind, lässt tief blicken. Der Eindruck entsteht, dass nicht konkrete Straftaten, sondern politische Überzeugungen zur Grundlage hoheitlicher Eingriffe gemacht werden. In einem Rechtsstaat sollte die Auseinandersetzung mit missliebigen Meinungen durch offene Debatten erfolgen – nicht durch präventive Maßnahmen,

die Bürgerrechte einschränken. Dass Ansehen Deutschlands in der Welt hat tatsächlich stark nachgelassen. Das liegt aber nicht an freiheitsliebenden Menschen, die ihre Meinung äußern und dafür im Auftrag der Kartellparteien vom Inlandsgeheimdienst verfolgt und systematisch diskreditiert werden. Und es liegt auch nicht an Besuchern von Konferenzen im Ausland. Der Rückgang im Ansehen Deutschlands liegt vielmehr darin begründet, dass weite Teile des Auslands schlicht nicht nachvollziehen können, wie sich die Deutschen durch Regierungen der immer gleichen Kartellparteien, die offensichtlich gegen die Interessen des eigenen Landes handeln, die Meinungsfreiheit immer weiter einschränken lassen. Gleichzeitig werden durch Klimaideologie die Wirtschaft und der Wohlstand zerstört und progressive Anschauungen wie die Gender-Ideologie und der Geschlechterkult zum Staatsdogma erhoben – von der gezielt herbeigeführten Destabilisierung durch unkontrollierte Masseneinwanderung und der damit korrelierenden Gewaltkriminalität ganz zu schweigen.

Ähnlich der unter dem Deckmantel der Floskel „Hass und Hetze“ weitgehend willkürlich anwendbaren Meinungsverfolgung sollen mit der Ausreisesperre offensichtlich Gesinnungen reglementiert werden. Die jüngst an die Öffentlichkeit gelangte Zitatensammlung des Bundesamts für Verfassungsschutz stärkt den Verdacht, dass die Redefreiheit in Deutschland staatlicherseits wesentlich repressiver ausgelegt wird, als dies vielen Bürgern bisher bewusst war. Es ist höchste Zeit für eine breit geführte Debatte darüber, ob die Deutschen den Ausbau eines bevormundend und erzieherisch agierenden Staates möchten – oder ob hierzulande auch eine wirkliche Redefreiheit, beispielsweise orientiert an den USA, verwirklicht werden kann!

Quelle: <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2025/bundespolizei-verhindert-ausreise-von-identitaeren-das-sind-die-gruende/>



Koalitionsvertrag: Kontrolle statt Gestaltung
Der Koalitionsvertrag täuscht mit großen Worten, doch sein Kern ist klar: Mehr Staat, weniger Rechte. Digitale Kontrolle und neue Gesetze setzen Bürger unter Dauerbeobachtung. Ein neu...



Das Bundesverfassungsgericht



Prof. Dr. Doris König
SPD



Dr. Ulrich Maidowski
SPD



Prof. Dr. Christine Langenfeld
CDU



Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein
CDU



Dr. Rhona Fetzner
SPD



Thomas Offenloch
CDU

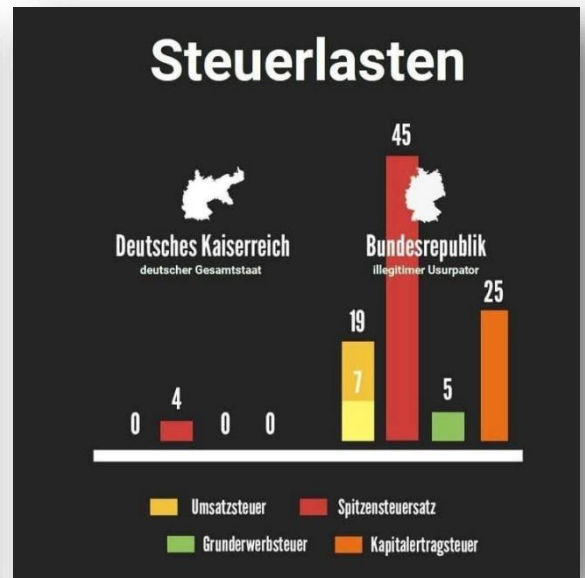


Dr. Peter Frank
CDU



Dr. Holger Wöckel
SPD

UNABHÄNGIG und NEUTRAL



Apollo News

Dramatische Warnung des französischen Geheimdienstchefs – islamistische Unterwanderung weit fortgeschritten

Der Chef des französischen nationalen

Polizeigeheimdienstes, Bertrand Chamouland, hat in einem bemerkenswerten Interview heftig vor islamistischen Kräften in Frankreich gewarnt. Durch seriöses Auftreten würden die Islamisten immer weiter in alle Bereiche des täglichen Lebens vordringen.




Rumänien-Wahl einfach annulliert!
Dieses Geheimdokument belegt
den größten Wahlskandal in
der Geschichte der EU

Wie wird man den Totalitarismus wieder los?

Die einzige und wirkliche Lösung zur Rettung der Menschheit, der Tiere und der Natur!

Wenn wir jetzt nicht sofort handeln, sind wir verloren! Und wir brauchen keine Mehrheit! Politdarsteller und andere Herrschende schaffen Probleme, Kriege, Terroranschläge, Seuchen, Krisen, Pandemien usw. und bieten uns dann Lösungen für alles an, was sie selbst erst erschaffen haben!

Nur so können sie sich selbst legitimieren! Nur deswegen sind wir der Meinung sie zu brauchen und uns von ihnen kontrollieren, ausbeuten, beherrschen und unterdrücken zu lassen. Dabei sind sie unser größtes Problem! Erst wenn die Menschheit das versteht, können wir uns wirklich befreien! Kein Mensch darf jemals wieder über einen anderen Menschen herrschen!



Und wenn sie uns nicht immer beraubt hätten, ginge es uns gut und keiner wäre auf die Hilfe des sogenannten Staates angewiesen, der erst dafür gesorgt hat, dass viele arm sind und nichts haben und sich dann als barmherziger Samariter aufspielt und uns einen winzigen Bruchteil unseres eigenen Geldes gibt, was er uns zuvor geraubt hat! Und das wird dann auch noch an unmenschliche Bedingungen und Kontrolle geknüpft! Und wir müssen uns dafür erniedrigen lassen und Anträge stellen und sind purer Willkür ausgesetzt!!

Glaubt Politikern und den gesteuerten Medien gar nichts mehr, ignoriert sie, schaut nicht mehr an was sie sagen und was die Medien berichten und teilt auch nichts mehr von ihnen, es ist sowieso alles nur Lüge und Propaganda und Gedankenkontrolle. Hört nicht mehr auf sie und macht bei all dem nicht mehr mit, was Unrecht ist und uns schadet! Sagt laut und deutlich „Nein!“ und übernimmt endlich wieder selbst die Verantwortung für Euer Leben! Und gebt ihnen kein Geld

mehr und finanziert nicht mehr ihr Parasitentum und die eigene Vernichtung! Steuern, Bußgelder und Abgaben halten sie und das System am Leben und machen sie mächtig! Wenn eine kritische Masse von nur ca. 5-10% das tut, haben sie keine Macht mehr und alles ist vorbei! Und dann verlieren sie jeden Schutz und können für alle ihre Taten und Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden! Gesetze, Verordnungen, Staaten, Parteien und Regierungen sind nur ein Aberglaube, der uns von klein auf einprogrammiert wurde! Wenn wir aufhören an sie zu glauben und ihnen keine Beachtung mehr schenken und nicht mehr das tun, was sie von uns verlangen oder uns vorschreiben, verschwinden sie für immer und verlieren ihre Macht und wir sind frei! Das ist die einzige und wirkliche Lösung! Nur weil wir glauben, irgendjemand hätte das Recht über uns zu herrschen, über uns zu bestimmen oder uns zu berauben, ist alles überhaupt erst möglich! Damit muss nun endlich Schluss sein! Seid ungehorsam, lasst Euch das alles nicht mehr gefallen und sagt „Nein!“



Der BGH hat am 16.1.2025 einen Beschluss gefasst, der sich folgendermaßen zuspitzen lässt: Im Kriegsfall kann das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Art. 4 Abs. 3 GG ausgesetzt werden. Eine Verfassungsänderung ist hierfür nach Auffassung des BGH nicht nötig. 24.02.2025

Skandal- Urteil in Deutschland

Anwalt Dr. Reiner Fuellmich

zu 3 Jahren und 9 Monaten Gefängnis verurteilt

Von Cynthia Salatino und Seba Terribilini

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Reiner Fuellmich, 67 Jahre alt, berühmt dafür, dass er wichtige Prozesse gegen Giganten wie Volkswagen, die Deutsche Bank sowie Kühne & Nagel gewonnen hat, aber vor allem dafür, dass er einer der ersten war, der die kriminellen Handlungen von Regierungen, Institutionen, der WHO und der medizinischen Gemeinschaft während des so genannten „Covid-19-Notfalls“ anprangerte, wurde wegen des mutmaßlichen Verbrechens der Veruntreuung zu drei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt.



Die Verurteilung erfolgte nach 18 Monaten und 53 Anhörungen, nachdem Fuellmich zunächst in Mexiko entführt (Oktober 2023), abgeschoben, in Deutschland illegal verhaftet und ihm dann ein unparteiischer und fairer Prozess verweigert worden war. Noch skandalöser ist die Entscheidung des Gerichts, nicht die gesamte von Fuellmich bereits verbüßte Untersuchungshaft anzuerkennen: Richter Schindler verkündete, dass von den 18 Monaten, die Fuellmich bereits hinter Gittern verbracht hat, nur 13 auf seine Strafe angerechnet werden, und begründete diese Entscheidung damit, dass Fuellmich und seine Verteidiger für die überlange Dauer des Prozesses verantwortlich seien! Der Richter warf Reiner Fuellmich sogar vor, den Prozess als Plattform genutzt zu haben, um politische Botschaften an seine Anhänger zu senden.

In unserem letzten Artikel „Die Verfolgung von Rechtsanwalt Reiner Fuellmich: der größte Justizskandal, den es je in Deutschland gab“ (17. April 2025) haben wir die wichtigsten Ereignisse der letzten 18 Monate kurz zusammengefasst und die skandalöse Behinderung der Justiz durch das Göttinger Gericht und seine Staatsanwaltschaft hervorgehoben. Wir haben beschrieben, wie auf ausdrückliche Anweisung der deutschen Geheimdienste ein Strafverfahren konstruiert wurde, um Reiner Fuellmich „zum Schweigen zu bringen“ und ihn daran zu hindern, seine Ermittlungsarbeit zu den Verbrechen während der „Covid-19-Pandemie“ fortzusetzen. Wir haben auch die entsetzlichen, unmenschlichen Haftbedingungen hervorgehoben, denen Fuellmich ausgesetzt war (und zum Teil immer noch ist): Er wurde Opfer physischer und psychischer Misshandlungen, die zweifellos als „weiße Folter“ bezeichnet werden können und eine eklatante Verletzung der Menschenrechte darstellen.

Wir haben auch die Befürchtung geäußert, dass der Richter Reiner Fuellmich das Rederecht entziehen könnte, wodurch die Zeit, die Fuellmich für die mündliche Darlegung seiner letzten Verteidigungsargumente zur Verfügung steht, begrenzt würde. Tatsächlich wies Richter Schindler Reiner Fuellmich zu Beginn der 52. Anhörung, die am 23. April 2025 stattfand, an, seine Schlussplädoyers bis spätestens 12.00 Uhr des folgenden Tages zu beenden. Schindler begründete diese Entscheidung damit, dass Fuellmich sich im ersten Teil seines Schlussplädoyers nicht an die Fakten des Prozesses gehalten habe, sondern in „Verschwörungstheorien“ über die Zeit der „Pandemie“ abgeschweift sei. Darüber hinaus warf Richter Schindler Fuellmich diffamierende Äußerungen vor, die so weit gingen, dass der Richter ihn mehrmals zur Ordnung rief und drohte, Reiner Fuellmich das Wort zu entziehen, wenn er die Anweisungen des Gerichts weiterhin ignoriere.



Dr. Reiner Fuellmich
ist das bekannteste Opfer
eines durch und durch
korrupten Systems,
dass mit allen Mitteln
seine Kritiker zum
Schweigen bringen will.

Die Verteidiger, die über diese Entscheidung empört waren, protestierten so entschieden, dass sie eine Verlängerung um drei Stunden, d. h. bis 15.00 Uhr, erwirkten. So war Fuellmich gezwungen, den Inhalt seines Schlussplädoyers zusammenzufassen und sich ausschließlich auf die wichtigsten Fakten zu konzentrieren. Am folgenden Tag, dem 24. April 2025 und der 53. Anhörung, beendete Fuellmich seine Schlussplädoyers gegen 15.00 Uhr, wie vom Gericht angeordnet. Der Richter gewährte der Verteidigung dann eine Stunde Zeit (bis 16:00 Uhr), um einen schriftlichen Antrag auf Ablehnung des gesamten Richtergremiums zu stellen, den die Verteidigung zuvor angekündigt

hatte. Dann vertagte er die Anhörung auf 17:00 Uhr. Seltsamerweise gab das Göttinger Gericht um 15.44 Uhr - 16 Minuten vor Ablauf der Frist, die der Verteidigung für die Einreichung ihres Ablehnungsantrags gesetzt worden war - eine Pressemitteilung heraus, in der es ankündigte, dass das Urteil um 17.00 Uhr veröffentlicht werden würde. Das Urteil wurde gegen 17:40 Uhr verkündet. Diese Tatsache erhärtet den Verdacht, dass das Urteil bereits lange im Voraus feststand und zum vorgesehenen Zeitpunkt verkündet werden sollte. Reiner Fuellmich wurde nicht wegen eines angeblichen Vermögensdelikts verurteilt, sondern weil er unbequeme Fragen aufgeworfen und vor allem zahlreiche Beweise gesammelt hat, die eindeutig belegen, dass es sich bei dem Covid-19-Notfall nicht um ein tödliches Virus handelte, das die öffentliche Gesundheit bedrohte, sondern um etwas, das als das größte Verbrechen an der Menschheit in die Geschichte eingehen wird, wie zahlreiche Experten aus allen Bereichen und aus der ganzen Welt belegen konnten. Fuellmichs Verteidiger haben bereits einen Antrag auf Revision gegen dieses ungerechte Urteil gestellt. Das Verfahren wird vom Bundesgerichtshof überprüft werden. Damit nicht genug, muss sich Reiner Fuellmich auch noch einem neuen Verfahren stellen, das das Braunschweiger Gericht für den 6. November 2024 anberaumt hat, wegen Vorwürfen, die selbst Richter Schindler zuvor als unbegründet abgetan hatte. Bei Fuellmich wurden 1.158.000 Euro aus dem Verkauf seines Hauses in Göttingen gestohlen. Sein gesamtes Vermögen sowie die Renten von ihm und seiner Frau wurden ebenfalls eingefroren. Es versteht sich von selbst, in welcher schwieriger Situation er sich befindet und wie wichtig es für jeden von uns ist, ihm jetzt mehr den je zu helfen. Die Zeit zum Handeln ist gekommen. Sie versuchen mit allen Mitteln, ihn physisch, psychisch und wirtschaftlich zu zerstören. Aber Reiner ist stark und lässt sich nicht brechen, weder körperlich noch seelisch.

Wir müssen jedoch dafür sorgen, dass Reiner Fuellmich über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, um sich gegen all diese Anschuldigungen und Ungerechtigkeiten zu verteidigen. Um Reiner zu helfen, wurde eine GiveSendGo-Spendenaktion ins Leben gerufen: GiveSendGo | Free Dr Reiner Fuellmich Spenden können auch per Banküberweisung getätigt werden. Informationen darüber, wie dies möglich ist und wie Sie über Stripe spenden können, finden Sie auf der Website des ICIC (International Crimes Investigative Committee): ICIC – International Crimes Investigative Committee. Kurz vor der Verlesung des Urteils wandte sich Reiner an seine Anhänger im Gerichtssaal und sagte: "Einer für alle, alle für Einen".



Willkürstaat BRD

Der Kommentar zum Fall Fuellmich von Dirk Magnutzki

Dieses durch und durch korrupte System gleicht einer von innen verfaulten Frucht, die man auch dann nicht mehr retten kann selbst wenn man die Fäulnis versucht herauszuschneiden. Die Zersetzung ist irreparabel!

Der „Corona- Plandemie“-Aufklärer der ersten Stunden heißt Reiner Fuellmich und das ist eine Tatsache! Fuellmich ist und war immer der „Corona Ausschuss“ seit Herbst 2020. Seine damalige Partnerin in dem Format war und ist leider nie mehr gewesen als eine Statistin, die mit offenen Augen und offenem Mund den Intellekt von Fuellmich bewundert hatte und bis zum Schluss verzweifelt versucht hat irgendwie mitzuhalten, was ihr natürlich schon auf Grund ihrer doch äußerst begrenzten Befähigungen nie gelingen konnte. Ob sie es nun hören will oder nicht, aber sie war der überflüssige Teil dieser Stiftung Corona Ausschuss, mehr noch: Sie war der Part auf den man ohne ihn zu vermissen hätte leicht verzichten können. Offenbar getrieben von diesem Schmerz des Nicht-Mithalten-Könnens trieb sie dies geradezu in die Arme dieser Justiz, die händeringend irgendetwas finden wollte, ja sogar musste, um die dynamische Kraft Fuellmichs in seinem zielstrebigem Aufklärungstrieb irgendwie zu stoppen, koste es was es wolle.



Man braucht keine besonders große Phantasie um sich vorstellen zu können, dass ein von Korruption zersetzter Staatsapparat wie die BRD irgendetwas konstruiert, um Regierungskritikern auf jeder Ebene mit zerstörerischer Gewalt Einhalt zu gebieten. Dass dieser Staat vor kaum einem Rechtsbruch zurück schreckt wissen wir doch bereits schon lange seit den 60er Jahren, wo Politiker wie der Vater der EU Präsidentin Ursula von der Leyen Ernst Albrecht mit dem Staatsschutz gemeinsame Sache gemacht hat und die Bevölkerung genauso schamlos belogen hat wie seine Tochter es in ihrer politischen Karriere stets gewohnheitsmäßig praktiziert.

Reiner Fuellmich ist bei weitem nicht das einzige Opfer eines längst übergriffigen Staates, der sich zur Durchsetzung seiner totalitären Ziele einer willfährigen von ihm selbst kontrollierten Justiz bedient. Neben Fuellmich wurden weitere bekannte Kritiker wie Michael Ballweg, Oliver Janich,

Dr. Markus Krall aber auch wir selber vom Runden Tisch mit allen Mitteln eines „Unrechtsstaates“ bekämpft bis hin zu Hausdurchsuchungen und willkürlichen Verhaftungen samt Inhaftierungen, was sie U-Haft nennen. Zumindest klingt das ja auch besser als Verschleppung mit gewaltsamer Freiheitsberaubung, aber genau das ist es. Wer einmal das System innerhalb des BRD-Systems näher kennen lernt, erst recht dann, wenn er/sie sich gegen das System stellt, merkt sehr schnell und meist brutal, dass dieser Staat auch nicht das allergeringste Interesse an seinen Bürgern hat, ganz im Gegenteil: Er geht mit aller Brachialgewalt gegen sie vor.

Der Staat bastelt sich seine eigenen Gesetze und Verordnungen genauso zusammen wie er sie braucht, um damit als Rechtfertigungsgrundlage ein „Durchgriffsrecht“ gegen seine Bürger zu haben, die es wagen den Mund aufzumachen. Egal ob es gegen die pädophilen Machenschaften von bekannten Persönlichkeiten wie auch Politikern, Richtern, Schauspielern usw. geht oder gegen Bestechung, Korruption, Vorteilsnahme und dergleichen: Kritiker, die es wagen hier gegen vorzugehen, werden gnadenlos abgeräumt. Genau das ist es, was der Staat und seine ihm untergebene Justiz im Fall von Reiner Fuellmich und anderen getan hat. Dieser Staat missbraucht in schamloser Weise Begriffe wie Rechtsstaatlichkeit oder Demokratie, tatsächlich meint er aber „seine eigene“ Auffassung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Das ist etwas völlig anderes als das, was die Bevölkerung darunter versteht. Eine wirkliche unabhängige und gerechte Justiz gibt es nicht und gab es auch noch nie in diesem Staat. Durch unsere eigenen Erfahrungen in fünf Prozessen vor vier Gerichten gegen uns wissen wir, dass hier nichts anderes als das pure „Unrecht“ herrscht. Die Justiz wird als Mittel zum Zweck gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wie hunderte, ja vielleicht sogar tausende, von Prozessen gegen die eigenen Bürger verdeutlichen.



Reichsbürgerprozess, Rollator-Putsch, Impf-Ärzte, Maskenattest-Ärzte, um nur einige wenige zu nennen. Dieser Staat macht weder vor Ärzten noch vor Juristen und noch nicht einmal vor Richtern halt, wenn es ihm darum geht seine totalitären Ziele durchzusetzen. Natürlich hat das schon lange nichts mehr mit „Recht und Ordnung“ zu tun, wenn die eine Gruppe „Politiker“ machen und sagen können was sie wollen bis hin zu schwersten Beleidigungen, Lug und Betrug, Korruption und sogar Vaterlandsverrat und die andere Gruppe der „Bürger“ schon eine Hausdurchsuchung bekommen und eine Verurteilung, wenn sie Kritik gegen Politiker posten oder auch nur teilen. Dieser Staat erfindet in seinem wahnhaften Kontrollzwang gegen die eigene Bevölkerung permanent neue Straftatbestände wie Delegitimierung des Staates und dergleichen.

Einige der völlig zwanghaft psychopathisch wirkenden Politiker fordern ständig auch solche Äußerungen zu verfolgen, die gar nicht strafbar sind. Dieser Staat ist so dermaßen am Ende, dass er alles was der Autor George Orwell in seinem Buch 1984 als düstere Dystopie geschrieben hat noch um ein Vielfaches übertrifft.

Der Fall von Dr. Reiner Fuellmich zeigt wie kaum ein anderer Fall, dass dieses System gewillt ist zu machen was immer es will und mit wem immer es will. So wie Reiner Fuellmich nie eine realistische Chance hatte auf Gerechtigkeit in diesem völlig verrotteten System, so wird am Ende dieses System auch genau daran zu Grunde gehen. Die Geschichte aber auch die Naturgesetze zeigen uns klar und deutlich, dass die von innen verfaulte Frucht sich selber immer weiter zersetzt durch den Gärungsprozess. Die bereits eingesetzte Fäulnis kann daher auch nicht mehr gestoppt werden. Das „Unrechtssystem“ wird unwiderruflich und unaufhaltsam sich selbst von innen heraus zerstören.

All die Opfer dieser Täter werden so oder so von der Geschichte belohnt und ihre Taten und ihr Mut wird für alle Zeiten tief in die moralische Seele der Menschen eingraviert werden. Ihre Namen werden die Zeiten überdauern und man wird sich ihrer erinnern. Dasselbe gilt für die Täter von Gates, Soros, Tedros sowie alle Handlanger und Puppen der Mächtigen in der deutschen Politik sowie weltweit.

Auch sie gehen in die Geschichte ein als die personifizierte Fäulnis und das schlimmste Geschwür, was die Menschheit je zu erdulden hatte. Wir werden uns ihrer auch erinnern mit Ekel und einem angewiderten Gefühl von jener Fäulnis, die das System zerstört hat. Ganz gleich wie lange es auch immer dauern wird: Das Gute in den Menschen wird stets über das Böse siegen. Die heute vom Staat verfolgten Kritiker werden die Helden von Morgen sein.



🔍 **Nordkurier** 🔔 ➔

Corona: Kritischer Richter musste Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen

📍 cPrenzlau / Lesedauer: 5 min



Feedback

Richter Matthias Guericke (links) sorgte für volle Zuschauerreihen bei der jüngsten Veranstaltung im "Malchower Format". Pfarrer Thomas Dietz widmete ihm im Anschluss einen Stein im Labyrinthpark. (Foto: Claudia Marsal)

< ☰ **DIE WELTWOCHEN** **ABOS** 👤



Grosse illiberale Koalition: CDU-Chef Friedrich Merz.
BILD: HANNIBAL HANSCHKE / KEYSTONE

EILMELDUNG

Mobilmachung gegen die Freiheit

Union und SPD basteln an einem bürgerfeindlichen Gesetzeskatalog des Schreckens. Bis hin zur Politisierung des Strafrechts.



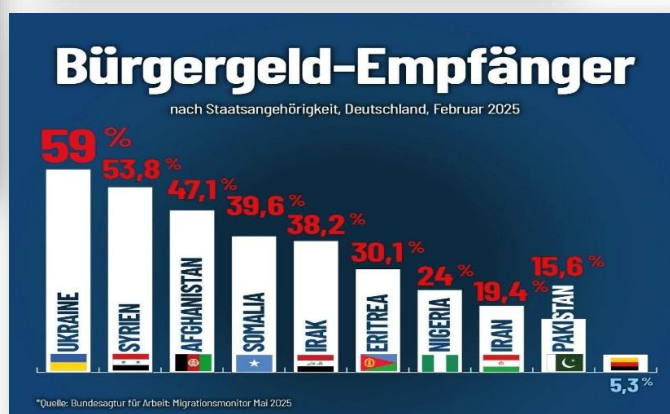
Späte Gerechtigkeit: MASKENPFLICHT FÜR KINDER WAR RECHTSWIDRIG

🥁 **Paukenschlag: Maskenpflicht für Grundschüler war rechtswidrig!**

Späte Gerechtigkeit: In einem bahnbrechenden Urteil hat das Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein

Wirbel um Leak: CDU erhält „vertrauliche“ Vorab-Informationen über Schuldenurteil von Verfassungsgericht

Brisanter Leak: Die CDU erhält „vertrauliche Informationen“ vom Bundesverfassungsgericht und gibt diese an die Presse weiter. Das alles in Bezug auf eine Klage gegen die eigene Sondersitzung ...

ARD-Journalist

Georg Restle beschimpft Macher von ÖRR-kritischem Blog als „Rotzbengel“

Georg Restle sprach eine Nicht-Wahlempfehlung für die AfD aus. Nachdem der ÖRR-Blog hinterfragte, wie dies mit der im Rundfunkstaatsvertrag festgeschriebenen Unparteilichkeit zusammenpasst, beleidigt Restle die Macher als „Rotzbengel“. Apollo News 09.02.2025



Georg Restle ist seit 2012 Leiter und Moderator des Magazins Monitor.

Seit Jahren deckt der ÖRR-Blog auf X (ehemals Twitter) Missstände im öffentlich-rechtlichem Rundfunk auf. Dass die Postings des mittlerweile über 130.000 Follower umfassenden Accounts nicht bei allen, insbesondere den Angestellten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, gut ankommen, ist kein Geheimnis. Dies zeigt auch ein aktuelles Beispiel, in dem ein wichtiger Journalist der ARD kritisch hinterfragt wurde.

Anlass ist ein Posting von Georg Restle, der als Moderator des ARD-Formats Monitor bekannt geworden ist. Dieser schrieb auf der Plattform Bluesky: „Ich gebe hier – außer zur AfD – keine Nicht-Wahlempfehlung ab. Kann jede und jeder für sich selbst entscheiden.“ Der ÖRR-Blog postete einen Screenshot von der Aussage auf X und kommentierte dies mit der Frage: „Wie passt diese Nicht-Wahlempfehlung von Georg Restle mit der Unparteilichkeit im Rundfunkstaatsvertrag zusammen?“

Statement von Sergej Lawrow

„Der Westen ist berauscht von seiner wahrgenommenen ‚Größe‘, seiner Straflosigkeit und seiner selbsternannten Autorität, das Schicksal der Völker der Welt zu diktieren.“



Dieses Verhalten ist nicht nur in Lateinamerika zu beobachten, nicht nur in Venezuela, nicht nur bei Juan Guaidó und nicht nur bei Edmundo González. Auch Swetlana Tichanowskaja wird von einigen Ländern als „legitime Vertreterin“ Weißrusslands bezeichnet. Unter diesem Deckmantel wird sie vom Europa-Rat und anderen westlich orientierten Organisationen unterstützt. Das zeugt von Arroganz und Verachtung gegenüber dem Rest der Welt. Es ist eine weitere unverschämte Behauptung, dass wir unter „Demokratie“ nur eines verstehen: „Wir machen, was wir wollen.“

Der amerikanische Außenminister Antony Blinken, den ich bereits zitiert habe, hat gesagt, dass diejenigen, die nicht auf die Einladung reagieren, keinen Platz am Tisch der Demokratie haben, sondern auf der „Speisekarte“ landen. Das ist ein direkter Ausdruck ihrer Politik. Sie glauben, sie hätten die Autorität, über den Ausgang von Wahlen zu entscheiden. Tatsächlich hat eine Nation zwar das Recht, nicht aber die Pflicht, dies zu tun. Im Rahmen der OSZE haben Staaten das Recht, internationale Beobachter einzuladen. Das muss nicht das BDIMR sein. Es können auch parlamentarische Vereinigungen aller Länder und verschiedene Organisationen sein. Ich will gar nicht auf ihre Reaktion auf die Wahlen in Moldawien eingehen, auf die Vorkehrungen, die getroffen wurden, um eine halbe Million in Russland lebende moldauische Bürger von der Stimmabgabe abzuhalten, und darauf, wie alles so orchestriert wurde, dass etwas weniger im Westen arbeitende Moldauer mühelos ihre Stimme für die designierte Kandidatin - „Präsidentin“ Maia Sandu - „abgeben“ konnten. Das georgische Volk wurde lächerlich gemacht.

Sie beschuldigten uns, etwas „inszeniert“ zu haben. Die OSZE-Beobachter haben keine wesentlichen Verstöße festgestellt. Ein solches Urteil deutet darauf hin, dass alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Trotzdem sind sie unzufrieden. Rumänien. Es ist eine Schande.

Vielleicht wird „Präsident“ Edmundo González wie „Präsident“ Juan Guaidó dem Beispiel der ehemaligen georgischen Präsidentin Salome Surabischwili folgen? Zwei Tage vor der Amtseinführung des neuen Präsidenten bestand sie darauf, den Palast nicht zu verlassen und als einzige legitime Autorität in Georgien im Palast zu bleiben, um „Befehle zu erteilen“. Am nächsten Morgen verließ sie jedoch den Palast und nahm eine Stelle in einem politikwissenschaftlichen „Think Tank“ an. Es ist eine Herausforderung, sich zu diesem Thema zu äußern. Es ist pure Heuchelei, diktatorisches Verhalten, Respektlosigkeit gegenüber dem Volk und eine maßlose Überschätzung der eigenen intellektuellen und sonstigen Fähigkeiten. Das wird irgendwann vorbeigehen. Aber man muss diesen Leuten eine Lektion erteilen.

Auszug aus den Bemerkungen und Antworten des russischen Außenministers Sergei Lawrow auf Fragen der Medien während einer Pressekonferenz über die Leistungen der russischen Diplomatie im Jahr 2024, 14. Januar 2025.

Quelle: Außenministerium der Russischen Föderation

Johanna Findeisen

Folter in der JVA Frankfurt von Stef Manzini

Prof. Dr. Martin Schwab erhebt schwere Vorwürfe gegen die JVA Frankfurt. Leibesvisitationen, Schlafentzug, mangelnde Hygiene, Willkür durch Beamte. Auszüge aus Martin Schwabs „Folterliste“ am Ende dieses Artikels.

Rechtswissenschaftler Schwab sieht Artikel 3 des EMRK zum Verbot von Folter überschritten. Schikanöse Haftbedingungen in Frankfurt können als Folter bewertet werden. Politischer Prozess „Reichsbürger“ gegen Johanna Findeisen nimmt kein Ende.



Löst der Titel bei ihnen ein Störgefühl aus? Das ist beabsichtigt! Denn es gibt nicht „ein bisschen Folter“, ebenso nicht wie ein wenig schwanger! Laut Johanna Findeisens Verteidiger, dem Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Martin Schwab, sind bei den Haftbedingungen für Johanna Findeisen in der JVA Frankfurt bereits die Grenzen zu Artikel 3 Verbot der Folter der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) überschritten. Die Rede ist von einer erniedrigenden Behandlung. Es gilt den Anfängen zu wehren, und sadistischen Vollzugsbeamten, die ihre Macht missbrauchen, sofort Einhalt zu gebieten. Angesichts des schleppenden Prozessverlaufs und einer Terminierung von Verhandlungstagen bis Mitte 2026 handelt es sich bei den hier dargestellten Vorgängen nicht nur um eine kurzzeitige Willkürhandlung, sondern um monate- ja, jahrelange nicht hinnehmbare Haftbedingungen.

Der Entzug der Freiheit ist für einen Menschen in Untersuchungshaft eine große Strafe, die größte, die es wohl gibt. Die Aufgabe der Selbstbestimmtheit in vielen Bereichen, also nicht mehr selbst zu entscheiden, was man macht, wohin man geht, wann man einen Raum verlässt oder mit wem man ihn teilt, ist die größtmögliche Strafe, die ein Gericht verhängt. Freiheitsentzug bedeutet, dass Menschen, die zu Tätern wurden- oder ihnen Taten vorgeworfen werden, also Menschen, vor denen die Öffentlichkeit geschützt werden muss, im Gefängnis” verwahrt” werden. Untersuchungshaft wird angeordnet, wenn es einen dringenden Tatverdacht sowie einen Haftgrund (zum Beispiel Flucht- oder Verdunkelungsgefahr) gibt und die Maßnahme verhältnismäßig ist. Genau diese Verhältnismäßigkeit kann vielfach angezweifelt werden: Michael Ballweg, Dr. Bianca Witzschel, Dr. Reiner Fuellmich, Johanna Findeisen...



Kommt es in der Haft zu Schikanen, wie beispielsweise Schlafstörung und Schlafentzug, das Verweigern gesunder (vom Häftling selbst bezahlter) Lebensmittel, das unnötig straffe Anbringen von Handfesseln, mangelnde Hygiene und dergleichen mehr, zerfließen bereits die Grenzen von Schikanen zu dem, was in Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) klar als Folter definiert wird. Prof. Dr. Martin Schwab, Strafverteidiger von Johanna Findeisen, sieht in den Haftbedingungen seiner Mandantin den Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verletzt, das heißt: Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden, bereits als übertreten: Folter: Von

mutwilligen Störungen des Nachschlafs bis hin zu "Waterboarding" ist es gewiss eine nach oben ansteigende Kurve, aber für den Betroffenen sind die zunächst „harmloseren“ Foltermethoden bereits eine seelische und körperliche Qual. „Täter“ werden in Haft zu Opfern von Tätern, die ihre Macht missbrauchen. Ein Staat, der dies zulässt, nennt man Unrechtsstaat. Wie schnell Macht manchen Zeitgenossen zu Kopfe steigt, haben wir alle während der „Corona-Pandemie“ gesehen. Und wir haben oft genug selbst erlebt, zu was der harmlose Nachbar fähig ist, wenn er seine Handlungen von „ganz oben“ gedeckt weiß. Wenn Vollzugsbeamte ihre Macht missbrauchen, und die Anstaltsleitung dabei wegsieht, dann kann dies schlimme Folgen haben. Wie schlimm sieht die Öffentlichkeit an den Machenschaften in der Augsburger Justizvollzugsanstalt Gablingen.

„Es ist der womöglich größte bayerische Justizskandal der Nachkriegszeit: Häftlinge sollen in der JVA Augsburg-Gablingen, laut Recherche des Politmagazins „Kontraste“, nackt in Spezialzellen eingesperrt worden sein, teils wochenlang -und ohne ausreichende rechtliche Grundlage. Trotz eines detaillierten Brandbriefs einer Ärztin an das Justizministerium dauerte es rund ein Jahr bis die Behörden umfassend eingriffen. „Johanna Findeisen ist seit 21. Mai 2024 in der JVA Frankfurt in Untersuchungshaft untergebracht, ab dem 22. Mai 2023 war sie zunächst in der JVA Schwäbisch Gmünd. Die „Basis-Politikerin“ hatte sich während der „Corona-Pandemie“ exponiert, und sich auf Demonstrationen für Freiheit und Frieden, und gegen „Impfzwang“ und „Zwangsmaßnahmen des Lockdowns“ eingesetzt. Bei der Landespolitikerin der Partei „die Basis“ und 54-jährigen Mutter von drei Kindern, die für verschiedene Gerichte als „Einzelfallbetreuerin“ gearbeitet hatte, besteht der Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, strafbar nach § 129, 129a Abs. 1 Nr. 1 Strafgesetzbuch (StGB).



Im sogenannten „Reichsbürgerprozess“, der seit sieben Monaten in Frankfurt stattfindet, wird der Politikerin vorgeworfen, mit der Teilnahme an einer organisatorischen Struktur an der Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zum Zwecke der Schaffung eines neuen deutschen Staatswesens beteiligt gewesen zu sein. Zu den genauen Tatvorwürfen und dem auf der Stelletreten des Prozesses lesen sie dieser Tage den zweiten Artikel, mit gravierenden Aussagen renommierter Gerichtsreporter: "Wo sind die Terroristen?" und mit neuen Aussagen von Mitgliedern der "Basis". Der Rechtsgelehrte und Universitätsdozent Prof. Dr. Martin Schwab, mit Ulrike Manne Bach im Verteidigerteam von Findeisen, hat nach mündlichen Angaben seiner Klientin ein Dossier der schikanösen Haftbedingungen, Foltermethoden, zusammengestellt, das aufmerken lässt. Auszüge dieses Dossiers finden sich am Ende dieses Artikels. Wie verzweifelt Johanna Findeisen sein muss, beweist die Bereitschaft diese Schikanen öffentlich zu machen. In

der Hoffnung auf Änderung, in der Angst, dass sich die betreffenden Gefängniswärter nun noch schlimmer verhalten.

Politische Gefangene werden in vielen Ländern misshandelt. Dass die deutsche Justiz derartige Vorgänge mutmaßlich zulässt, ist eine Schande und ein großer Schaden für den Rechtsstaat. Noch ist Johanna Findeisen keine verurteilte Straftäterin, und selbst wenn, gibt es keine Rechtfertigung für Folter. Die Namen der handelnden Akteure, besonders auffällig, zwei Vollzugsbeamte der JVA Frankfurt, liegen stattzeitung.org vor. Wir haben diese Namen aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen noch nicht veröffentlicht. Eine dies bezügliche Presseanfrage betreffend der Misstände in der JVA Frankfurt, mit der vollständigen Liste der „Foltervorwürfe“ und der dringenden Bitte um Stellungnahme und sofortigen Eingriff um diese Misstände abzustellen, wird stattzeitung.org in Absprache mit Johanna Findeisens Verteidiger Martin Schwab an den hessischen Justizminister Christian Heintz (CDU) schicken. Wir werden unsere Leser über seine Antwort umgehend informieren.

Auszüge aus dem Dossier von Prof. Dr. Martin Schwab über die unnötig schikanösen Haftbedingungen seiner Mandantin Johanna Findeisen (JF), in denen der Rechtsgelehrte Züge von Folter und die Verletzung des Hessischen Untersuchungshaftvollzugsgesetz - HUVollzG - erkennt:

JF hat nach dem Hofgang eine Leibesvisitation über sich ergehen lassen müssen - ohne jeden Grund... Die drei (Angeklagten) werden jetzt nicht mehr je einzeln in einem Mannschaftswagen der Polizei durch ein SEK (zur Gerichtsverhandlung) transportiert, sondern alle drei in einem Bus der JVA, der aber - da ja die Angeklagten keinen Kontakt miteinander haben dürfen - in einzelne Zellen unterteilt ist. JF kann so gut wie nichts nach außen sehen; die Metalltür hat gar kein Fenster, und die Zellwand weist nur einen kleinen vergitterten Schlitz auf (nicht einmal so groß wie ein Briefkastenschlitz, allenfalls so groß wie ein altes Nokia-Handy), durch den man ein bisschen nach außen sehen kann. JF hört nur die Fahrgeräusche und spürt das fahrbedingte Ruckeln des Transportfahrzeugs, und sie ist dadurch nahe an der Übelkeit, weil ihr das den Magen durchschüttelt.

Entscheidend für die Übelkeit ist der Umstand, dass sie bei alledem nichts sieht, aber eben hört und spürt, dass sie transportiert wird. Wenn JF in der Zelle Platz genommen hat, werden ihr - völlig überflüssig, weil es sowieso wenig Bewegungsspielraum und kein Entrinnen gibt - die Handschellen angelegt. (Mehrere Male trug JF Hämatome als Folgen der zu straffen Fesselung davon.)... Innerhalb weniger Wochen wurde die Zelle von JF mehrfach anlasslos durchsucht. In drei dieser Fälle wurde die Durchsuchung von einer Frau XXX durchgeführt, die dabei besonders forsch und mit der offen zur Schau getragenen Haltung auftrat: Sie habe die Macht, und JF habe zu machen, was sie sagt, und JF habe sich gefälligst nicht zu widersetzen. Das hat bei JF eine Flashback-Erfahrung mit Blick auf die Razzien bei ihr am 7./8. Dezember 2022 und auf ihre Verhaftung am 22. Mai 2023 ausgelöst... Am Ende wurde das so „gelöst“, dass JF jene Lebensmittel, die aus Sicht der JVA „überschüssig“ waren, weggenommen wurden. Sie müsse sich das immer von den Beamten geben lassen, und was sie sich an einem Tag geben lasse, müsse sie bis zum Abend aufgebraucht haben. JF müsste also eine 500 Gramm Packung oder einen abgepackten Kuchen immer auf einmal essen. JF ist darauf angewiesen, sich die Lebensmittel auf

der Zelle einzuteilen (Einkauf ist nur alle zwei Wochen, manchmal sogar nur alle drei). Vor allem, wenn sie nach Verhandlungstagen abends in die Zelle zurückkehrt, steht da kaltes, ungenießbares Essen, das sie sowieso wegwirft, weil sie das nicht essen kann... Einer der JVA-Bediensteten, Herr XXX, hat JF gegen ihren Willen geduzt und brüllt sie mehrfach an (auch andere Insassinnen). Das ist eindeutig erniedrigende Behandlung im Sinne von Art. 3 MRK.

Es befinden sich einige psychisch Kranke im Knast, die nur deshalb dort inhaftiert sind, weil die Psychiatrien anscheinend überfüllt sind. Mehrere Inhaftierte brüllen Tag und Nacht so laut, dass JF nicht schlafen kann. Am Tag ihrer Vernehmung zur Person hatte JF ab 1 Uhr nachts nicht mehr geschlafen. Am 25.06.2024 wachte JF um 4 Uhr durch Geschrei in der Schlichtzelle auf... Frau XXX sagte bei anderer Gelegenheit, JF sei ja nicht in Freiheit und auch nicht ohne Grund hier (**Verletzung von § 4 Abs. 1 HUVollzG** – Unschuldsvermutung!). Das Handbuch über Rechte und Pflichten von Gefangenen vom hessischen Justizministerium wurde JF bis heute nicht ausgehändigt, obwohl es ihr versprochen worden war (**Verletzung von § 6 Abs. 1 Satz 3 HU VollzG**, wonach die Hausordnung und ein Exemplar des Hessischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes auszuhändigen sind).

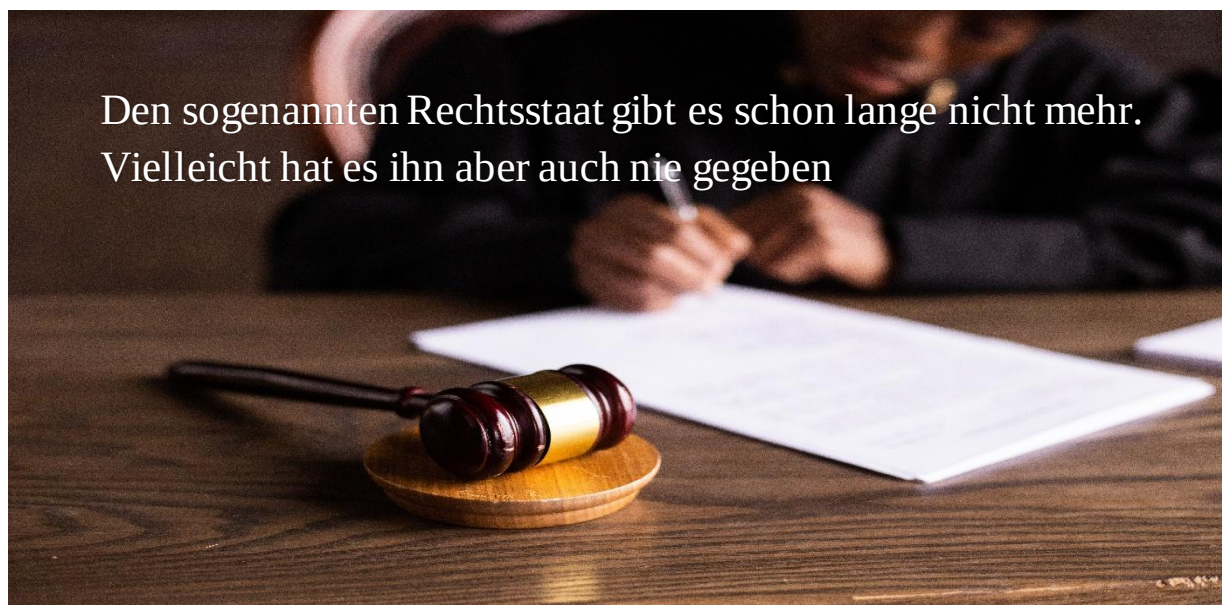
Die Fa. XXX (monopolisierter Gefängnislieferant) scheint unterschiedliche Preislisten zu haben. Sie versucht Dinge auch anders abzurechnen als geliefert: Es wurden billige Sachen geliefert und die teureren abgerechnet. Statt Bio-Zitronen wurden billige gespritzte Zitronen geliefert, eine war verfault. Smoothies aus reinen Früchten ohne Zuckerzusatz dürfen nicht bestellt werden „wegen Sicherheit und Ordnung“: Sie stehen nicht auf der Liste der zum Einkauf vorgesehenen Waren (**Verletzung von § 14 Abs. 2 Satz 3 HUVollzG**, da keine Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Gefangenen und die Gesundheitsfürsorge mit Füßen getreten (**Verletzung von §§ 14 Abs. 2 Satz 3, 16 Abs. 1, 17 Abs. 1 HUVollzG**)). ... JF stehen 2 Stunden Kontakt mit Angehörigen pro Monat entweder in Präsenz oder per Skype zu (das ist das gesetzlich vorgeschriebene absolute Minimum, siehe § 26 HUVollzG), erlaubt ist maximal eine Stunde pro Besuch. JF wird von denen, die sie besuchen, durch eine Trennscheibe ferngehalten (mittlerweile ist bekannt, dass diese Trennscheibe für Prinz Reuß seit einem Jahr und für Birgit Malsack-Winkemann seit einem halben Jahr bei Angehörigenbesuchen nicht mehr angeordnet ist!).



Prof. Dr. M. Schwab
ist der Verteidiger
von Johanna Findeisen

JF darf ihre Angehörigen nicht einmal umarmen. Ihr Verlobter hat vom Bodensee aus 24 Stunden Fahrzeit hin und zurück, um JF eine Stunde lang zu sehen. Als JF ankam, musste sie eine

Urinprobe abgeben, auch dort (im sog. "Revier") war die uralte Toilette defekt. Es war kein Händewaschen möglich. Das ist wohl gemerkt im medizinischen Bereich der JVA (Verletzung von §§ 16 Abs. 1, 17 Abs. 1 HUVollzG) ... Kontaktverbote, das heißt hier kommen keine Briefe von den Absendern zu JF, mutmaßlich willkürlich ausgesprochen von Frau XXX, angeblich im Auftrag der Leitung der JVA, wurden mittlerweile auf das Betreiben der Verteidiger von JF vom Richter Bonk zurückgenommen, beziehungsweise aufgehoben. Die Begründung zur Veranlassung dieser Maßnahme verfiel beim Richter nicht. Wird es Prof. Dr. Martin Schwab und dem Anwaltsteam von Johanna Findeisen gelingen, auch im Falle dieser „Methoden“-Folter nachzuweisen, und stellt der hessische Justizminister die unverhohlene Erniedrigung, hier ausgeübt durch einige Justizbeamte, dann unverzüglich ab? Dazu müsste Findeisen in einen anderen Trakt der JVA verlegt werden, unter Berücksichtigung ihrer Menschenrechte, und in Anbetracht der Tatsache, dass sie noch nicht verurteilt, und ihr die zur Last gelegten Taten erst einmal nachgewiesen werden müssten. Die Liste der einzelnen „Maßnahmen“ gegen Johanna Findeisen (JF) in diesem Dossier ist noch sehr viel länger. Die einzelnen Vorfälle haben wir willkürlich zusammengestellt. Vieles haben wir aus Rücksicht zu Johanna Findeisens Intimität weggelassen. Die Namen der JVA-Beamten haben wir mit XXX überschrieben, um Racheakte der Beamten an Johanna Findeisen vorzubeugen



Den sogenannten Rechtsstaat gibt es schon lange nicht mehr.
Vielleicht hat es ihn aber auch nie gegeben

Zur Chronologie des Falles "Johanna Findeisen"

Am 1. Juli 2022 trifft Johanna Findeisen den neuen russischen Generalkonsul Ivan Khotulev bei der Gedenkfeier der Flugzeugabsturz-Opfer in Überlingen am Bodensee. Im Sommer/Spätsommer 2022 wird Findeisen daraufhin nach Frankfurt ins russische Konsulat eingeladen. Eine Geste der Dankbarkeit, weil Findeisen bei der Gedenkfeier auch dem russischen Gesandten die Hand geschüttelt hatte, so ist später zu erfahren.

Am Sonntag, dem 4. Dezember 2022, hält Johanna Findeisen in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Landesvorstands der Partei „die Basis“ eine Demo-Rede in Baden-Baden, auf Einladung des dortigen Ortsverbands. An diesem Sonntag besucht sie ebenfalls auf Einladung der Basis ein klassisches Konzert der „Deutsch-Russischen Kulturgesellschaft Baden-Baden“.

Am Montag, dem 5. Dezember 2022 übergibt Findeisen einen Brief einer Assange-Aktivistin aus Überlingen an den Diplomaten Khotulev.

Am Mittwoch, dem 7. Dezember 2022 erfolgt eine Hausdurchsuchung im Rahmen der „Razzien gegen Reichsbürger“ in Findeisens Haus in Frickingen am Bodensee.

Am 22. Mai 2023 erfolgt die Festnahme Findeisens, die Generalbundesanwaltschaft stellt sie unter den Verdacht der Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung. Johanna Findeisen wird in der JVA Schwäbisch Gmünd inhaftiert.

Seit dem 21. Mai 2024 wird Johanna Findeisen zusammen mit acht weiteren Verdächtigen der sogenannten „Reuß-Gruppe“, unter ihnen Heinrich XIII Prinz Reuß und Birgit Malsack-Winkemann in Frankfurt am Main der Prozess gemacht. Die Anklage lautet Hochverrat.

von stattzeitung.org

Kommentar zum Fall Johanna Findeisen

von Dirk Magnutzki

Ich könnte jetzt an dieser Stelle einfach meinen Kommentar von Seite 36 zum Fall von Dr. Reiner Fuellmich komplett übernehmen und lediglich die Namen der Beteiligten austauschen: Es würde wieder alles passen,

genauso wie bei den anderen hunderten von Fällen, wo ein längst übergriffiger und von uns allen unbemerkt immer totalitärer gewordener Staat fast willkürlich die eigene Bevölkerung verfolgt. Die Vorwürfe sind fast immer vergleichbar und die Methoden wie mit einst unbescholtenen Bürgern in einer nie dagewesenen Weise menschenunwürdig umgegangen wird, ist einfach nur noch widerlich und abstoßend.

Ein Staat, der es nötig hat mit Lug und Betrug Wahlen zu gewinnen und die Menschen durch staatlich verordnete Schutzgelderpressung in Form von Steuern ausnimmt wie die Weihnachtsgänse, hat längst jede Glaubwürdigkeit und im Prinzip auch jede Legitimation verloren.

Diese Politikerkaste kennt weder Anstand noch Moral, denn sie wird ausschließlich nur noch angetrieben von ihrer unstillbaren Gier nach immer noch mehr Futter aus dem Trog der öffentlichen Kassen und der Bestechungsgelder in Form von wirtschaftlichen Zuwendungen ihrer Finanziers in den NGOs oder der Wirtschaft.

Menschen die dagegen aufbegehren wie Reiner Fuellmich oder in diesem Fall Johanna Findeisen, werden unter den Bus der Diktatur geschmissen.

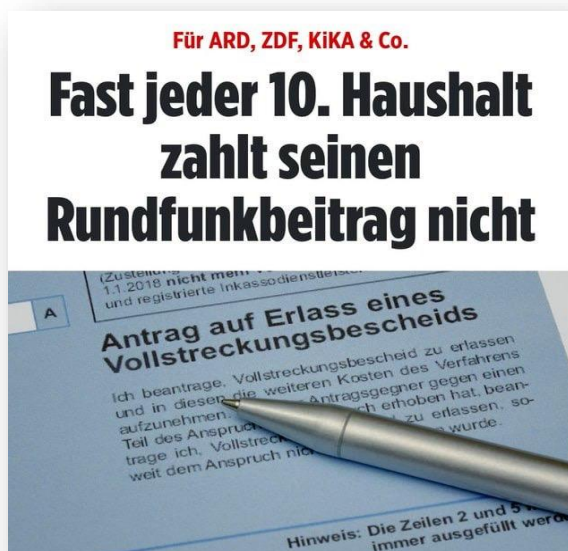
Diese ganzen demütigenden Maßnahmen gegen nicht kriminelle Menschen sind selbstverständlich nichts anderes als Folter. Wer das anordnet bzw. hierfür im Staatsapparat verantwortlich ist, kann kein Mitleid erwarten, wenn am Ende des Tages das Unrechtsregime irgendwann selber unter den Bus geworfen wird. Wir kennen das doch alle schon seit langer Zeit aus dem 3. Reich und der DDR, wo ganz genau dieselben Strukturen gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wurden. Es scheint kein Zufall zu sein, dass sich in punkto Totalitarismus und Übergriffigkeit in Deutschland die Geschichte ständig wiederholt. Weder Johanna Findeisen noch Reiner Fuellmich,

Michael Ballweg, Oliver Janich, Dr. Markus Krall sowie tausende Ärzte und Bürger, die für ihren Mut und Aufrichtigkeit verfolgt wurden sind Kriminelle. In Wirklichkeit sind diejenigen die Kriminellen, die dafür die Verantwortung tragen, dass unbescholtene Bürger durch diesen Staat verfolgt und bestraft werden, weil sie ihre Menschenrechte wahrnehmen.

Tatsächlich können die anderen Bürger des Landes froh sein, dass es unter ihnen auch einige wenige mutige Menschen gibt, die sich gegen das Unrecht stellen. Auch Johanna Findeisen wird ihren Platz in der Geschichte finden und später als Beispiel für Mut und Aufrichtigkeit genannt werden.



Handschellen werden klicken, über kurz oder lang werden die wahren Täter ihrer Strafe zugeführt



Die totale Kontrolle kommt

Bargeld-Obergrenze kommt 10. Juli 2027

von Andreas Dolezal

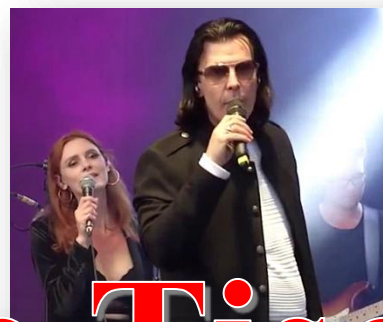
Jetzt ist es fix: Die neuen EU-Geldwäsche-Bestimmungen gelten ab 10. Juli 2027, denn die Verordnung (EU) 2024/1624 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung wurde am 19. Juni 2024 im Amtsblatt der EU veröffentlicht.



Wer das Geld kontrollieren will,
der will die Menschen kontrollieren

Damit steht fest, dass auch die Bargeld-Obergrenze von 10.000 Euro im Geschäftsverkehr an diesem Tag eingeführt wird. Lediglich den Fußballvermittlern und Profifußballvereinen, die neu in die Liste der Verpflichteten aufgenommen werden, gönnt die EU-Kommission zwei Jahre mehr Vorbereitungszeit auf die – für diese Berufsgruppen gänzlich – neuen Pflichten. Eine Umsetzung in nationales Recht ist nicht mehr erforderlich, denn aus der Richtlinie mit den Sorgfaltspflichten ist eine Verordnung geworden. Damit gelten die Bestimmungen ab dem 10. Juli 2027 verbindlich und unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat.

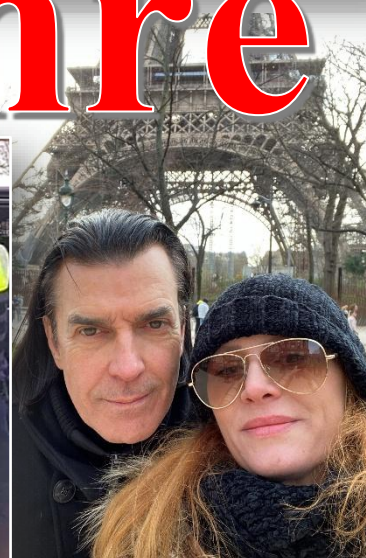
National festgelegt werden können nur mehr Details. Beispielsweise könnte ein EU-Mitgliedstaat eine noch geringere Bargeld-Obergrenze als die in der Verordnung genannten 10.000 Euro vorsehen. In Italien liegt diese beispielsweise bereits heute bei 5.000 Euro, in Griechenland gar bei 500 Euro. In Österreich ist eher nicht davon auszugehen, dass die Obergrenze noch weiter reduziert wird. Neu ist ebenfalls, dass Verpflichtete die Identität ihrer Kunden bereits bei gelegentlichen Barzahlungen ab 3.000 Euro feststellen und überprüfen müssen. Anonyme Barzahlungen sind also nur mehr bis 2.999,99 Euro möglich. Dieses und viele weitere Details der neuen Geldwäsche-Bestimmungen werden in der Vorbereitung sowohl die Köpfe von Geldwäsche-Beauftragten als auch von Verpflichteten rauchen lassen.



Der Runde Tisch



5 Jahre





Der Runde Tisch ist Manuela Ceresa & Dirk Magnutzki

HERZLICH WILLKOMMEN
GALERIE
DER RUNDE TISCH
STUDIEN UND URTEILE
ARTIKEL UND BERICHTE
MUSIK
More

HOMEPAGE & DATENBANK

Studien

Gutachten

Urteile

Interviews

Sendungen

Newsletter



Der Runde Tisch übernimmt keinerlei Haftung für mögliche Fehler, Irrtümer oder falsche Behauptungen in den obigen Artikeln! Die Artikel erheben auch nicht den Anspruch der absoluten Richtigkeit, sondern sie stellen lediglich eine persönliche Meinung dar. Durch die Artikel soll weder jemand beleidigt, aufgehetzt noch zu irgendeiner Handlung animiert werden! Die Veröffentlichung dient lediglich dazu Informationen dem Freundeskreis RT zur Verfügung zu stellen.

In eigener Sache



Der Runde Tisch

Regelmäßig erscheinendes Format mit Informationen zur aktuellen Lage weltweit sowie Themen über die sonst im Mainstream nicht berichtet wird. Wir erheben nicht den Anspruch der absoluten Wahrheit, sondern wir teilen lediglich unsere eigene Meinung mit.



Runde Tisch ON TOUR

Hin und wieder berichten wir davon wie die Situation in anderen Ländern ist. Außerdem berichten wir auch von Demos und sonstige Protestaktionen on Tour unterwegs.



Runde Tisch Interview

Wir interviewen interessante Menschen, die etwas zu erzählen haben, was von Interesse ist. Wir werden auch Personen zu Wort kommen lassen, die sonst kein Gehör finden.

Wer uns unterstützen möchte mit Rat und Tat ist herzlich willkommen!

Wir möchten auch zukünftig komplett auf Spenden oder andere Zuwendungen verzichten, solange wir uns das leisten können. Zurzeit sind wir noch in der Lage unsere Kosten alleine zu bestreiten um Euch im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten zu informieren.

Das soll aber keineswegs bedeuten, dass wir die freien und unabhängigen Journalisten, Magazine und Plattformen nicht sehr zu schätzen wissen. Selbstverständlich müssen diese Journalisten sich finanzieren und das geht über Spenden und freie Beiträge sowie sonstige Zuwendungen auf jeden Fall erheblich besser und auch gerechter als über die staatliche Zwangsabgabe (ehemals GEZ). Diese Zwangsabgaben sind aus unserer Sicht nichts anderes, als eine „Zwangsfinanzierung“ staatlich kontrollierter und inhaltlich in keinster Weise unabhängiger Medien, es ist Staatspropaganda.

Wie könnt ihr uns also unterstützen?

- Wer Interesse hat selber hier Artikel für diesen Newsletter zu schreiben kann diese sehr gerne tun, wir würden uns über Eure Beiträge sehr freuen!
- Wer gut mit einer Fotokamera oder auch Filmkamera umgehen kann, könnte uns bei bestimmten Gelegenheiten ebenfalls behilflich sein.
- Wir suchen auch immer wieder Leute, die Videos schneiden und auch bearbeiten können so z.B. mit Einblendungen, Textunterlegungen usw.
- Wenn wir ON TOUR unterwegs sind, brauchen wir Leute vor Ort mit Ortskenntnis, die für uns auch bestimmte Kontakte knüpfen können.
- Wir sind immer dankbar für zuverlässige Informationen und Quellen zu bestimmten Sachverhalten. Wir brauchen eure Augen und Ohren vor Ort.
- Sach- und Fachkenntnis zu bestimmten Themen wie Medizin, Forschung, Staatsrecht, um nur einige Beispiele zu nennen, wären sehr hilfreich.



Mit uns Kontakt aufnehmen:

Email: DerRundeTisch@gmail.hu

Der Runde Tisch ist ausschließlich nur dem Freundeskreis Runder Tisch vorbehalten. Es handelt sich ausschließlich und nur um eine private und nicht kommerzielle und nicht einer journalistischen Tätigkeit unterliegenden Seite. Der Runde Tisch dient keinem geschäftlichen und /oder gewerblichen Zweck. Eine berufliche oder journalistische Tätigkeit besteht nicht. Es werden weder Einnahmen generiert noch findet Werbung statt.